

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,90 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.,
einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und
72 Pf. Postbefreiungsgebühren. Zustellungs-
abonnements 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Rolf
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berne-
r Braunstimme“, „Tschail“, „Bild in
die Bühnenwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparativliste
50 Pfennig, Restamteile 1.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ das letzte-
gedruckte Wort 25 Pfennig (wichtig zwei
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentägig
von 9^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depostenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

Straßenbahn-Umsturz.

Nazis und Kommunisten verbrüdernd sich zum Angriff auf Verkehrsmittel.

Am 22. September fand, wie uns mitgeteilt wird, im „Wiener Garten“, Wiener Straße 10, eine Versammlung von Angehörigen der Berliner Verkehrsgesellschaft statt, die von den Nationalsozialisten einberufen war.

In dieser Versammlung hielt ein als Nationalsozialist bekannter Angehöriger der christlichen Gewerkschaften, namens König, das einleitende Referat. In demagogischer Verlogenheit und in feinen Angriffen auf die Sozialdemokratie, übertrug er selbst die geübtesten Kommunisten. Er predigte den Massenstreik bei der BVG und forderte, daß am 2. Oktober sämtliche

Straßenbahnwagen und Autobusse angehalten und zertrümmert werden. Das Fahrpersonal und das in den Wagen befindliche Publikum müsse „verdrängt“, die gesamte Direktion der BVG, abgesetzt und an ihre Stelle müßten Fachleute berufen werden. Außerdem forderte er den 15-Pfennig-Umsteigertarif. Die Kommunisten forderte er auf, mit der Hitler-Partei zusammenzutreten, um das jetzige System zu stürzen! Auf alle Fälle müßten sie sich an dem Massenstreik beteiligen.

Um die Kommunisten herauszufinden, stellte er sich, als ob er daran zweifle, daß sie mitmachen würden. Aber prompt riefen ihm viele von ihnen, die in der Versammlung anwesend waren, mit Rot-Front-Gruß zu: „So wohl, wir machen mit!“ König schloß mit dem schönen Bekenntnis: „Ob wir Kommunisten sind oder Nationalsozialisten, das spielt gar keine Rolle, denn unser Wagen hat den gleichen Hunger. Wir müssen vereint zusammengehen, um die SPD-Bourgeoisie zu stürzen.“ Von beiden Seiten erntete er für diese Redensart begeisterten Beifall.

Dann sprach in der Diskussion der kommunistische Landtagsabgeordnete Schment, Mitglied des Ausschusses der BVG,

der sich natürlich „ganz zufällig“ in dieser Naziversammlung eingefunden hatte. Schment betonte, er freue sich, daß die BVG-Belegschaft endlich einmal aktiv werde und sich aufrege. Auf die

präzise Frage der Nazis, ob die SPD, mit den Hitler-Deuten zusammenzugehen wolle oder nicht, erwiderte Schment: „Deshalb bin ich ja hier. Sonst brauchte ich ja gar nicht hier zu sprechen, wenn ich nicht für ein einheitliches Vorgehen wäre!“

In der weiteren Diskussion kam zwar zum Ausdruck, daß man sich gegenseitig nicht über den Weg traue, aber jede Aufforderung zu gemeinsamem Zusammengehen fand stürmischen Beifall. Schließlich gab König den Kommunisten zu verstehen, wenn sie die Aktionen der Nationalsozialisten nicht mitmachten, so würden diese auf ihre Hilfe verzichten und den „Neben eben alleine schmeißen“.

Am gleichen Tage hatte eine von den Kommunisten einberufene Versammlung in der Weberstraße stattgefunden. Diese war durch Anschlag in den Dienststellen der BVG und der „Roten Fahne“ bekanntgemacht worden. Trotdem waren in ihr nur ungefähr 150 Personen erschienen. Auch in dieser Versammlung traten nationalsozialistische Diskussionsredner auf, die in maulrevolutionsären Phrasen die Kommunisten noch zu übertrumpfen suchten.

Gestern abend wurde die Hakenkreuzaktion in einer Versammlung im Kriegervereinshaus fortgesetzt, an der rund 1200 Personen teilnahmen und in der es zur Abwechslung legal zuging. Es sprachen die Nationalsozialisten Engels und Goebels. Zwischen beiden Rednern forderte ein SPD-Mann, es solle, wie versprochen, eine Diskussion stattfinden. Engels erklärte darauf wörtlich: „Hier findet heute eine Kundgebung statt, bei der Diskussion ausgeschlossen ist. Trotdem haben wir heute

im Karl-Liebknecht-Haus deswegen angerufen und wollten die Antwort erhalten: „Der in Frage kommende kommunistische Reichstagsabgeordnete Wischniewski und der kommunistische Landtagsabgeordnete Schment sind heute zum Stadtag in Dresden. Aber ich bin bereit und berechtigt, morgen, übermorgen, oder wenn die SPD, es will, an einem neutralen Ort mit der SPD über einen Streik in der BVG zu verhandeln.“

Krawallverschöderung

Kommunistische Vögel auf faschistischen Leimruten.

Die kommunistisch-nationalsozialistischen Verhandlungen zwecks gemeinsamer Veranstaltung von Straßenkrawallen am 2. Oktober — wir berichten über sie an anderer Stelle ausführlich — sind in mehr als einer Beziehung interessant. Eben erst hat vor dem Reichsgericht in Leipzig Adolf Hitler einen großen Eid geschworen, daß die nationalsozialistische Bewegung nur völlig legale Ziele auf völlig legalen Wege erstrebe; mittlerweile aber haben seine Berliner Freunde mit den Kommunisten darüber beraten, wie man am zweckmäßigsten Straßenbahnwagen umstürzen und zertrümmern kann. Gehört ein solches Vorgehen mit all seinen weiteren Konsequenzen auch zu der frisch beschworenen Legalität?

Die Nationalsozialisten predigen den Kampf gegen die Marxisten, meinen aber damit offenbar, was für uns durchaus ehrenwert ist, nur die Sozialdemokraten. Die Kommunisten auf der anderen Seite schießen zwar gelegentlich einen oder den anderen Nationalsozialisten tot, sind aber jederzeit bereit, sich mit den Faschisten gegen die sogenannten „Sozialfaschisten“ — das sollen wir sein — zu vereinen.

Es kann nicht ausbleiben, daß bei einem solchen Hin und Her die beiderseitigen Prinzipien ins Wackeln geraten, und es ist kein Zufall, wenn heute Otto Straßer seinen Hitler beim Ohr nimmt, A. Thalheimer aber seinen Thälmann. Straßer wirkt in seinem „Nationalen Sozialist“ Hitler vor, er habe die nationale Revolution an die parlamentarische Demokratie verraten. Thalheimers Zeitschrift „Gegen den Strom“ aber wirft der gegenwärtigen kommunistischen Parteiführung vor, daß sie sich der „opportunistischen Schweinerei“ schuldig mache und „auf den Erkenntnissen von Marx und Lenin herumtrampelt.“

Was die Rechtskommunisten zu dieser heftigen Kritik der kommunistischen Führung veranlaßt, ist eben deren taktische Annäherung an den Hitler-Faschismus. Thälmann hat diese Schwänkung auf der Berliner kommunistischen Parteiarbeiterkonferenz mit folgenden Sätzen zu rechtfertigen versucht:

Es gibt eine ganze Anzahl von Genossen, die die historische Bedeutung der Programmklärung nicht erkennen wollen. Es ist theoretisch richtig, daß die soziale Befreiung vor der nationalen Befreiung steht, doch mit diesem Programm wenden wir uns an die breiten Massen. Lenin hat zu den verschiedensten historischen Zeitabschnitten und Ereignissen die Theorie zurücktreten lassen, um an die Massen heranzukommen. So läßt denn auch die Thälmann-Partei im Namen des heiligen Lenin die Theorie zurücktreten, um an die Hitler-Partei näher heranzukommen und im Bunde mit ihr den Umsturz von Berliner Straßenbahnwagen in Szene zu setzen!

Nachdem nun der Versuch der beiden Liebesleute, im Dunkeln miteinander zu munkeln, mißlungen ist, wird natürlich am 2. Oktober nichts oder nicht viel passieren. Es wird aber dringend notwendig sein, sich „christliche Gewerkschafter“ vom Schlage des Naziführers König etwas genauer anzusehen. Denn was sich am 22. September im Wiener Garten in der Wiener Straße abgepielt hat, das riecht auf hundert Meter gegen den Wind nach Lockspitzerei.

Schon gleich nach den Wahlen ist hier auf die Gefahr hingewiesen worden, daß sich die Kommunisten von den Nazis mißbrauchen lassen, um den Sieg des Faschismus herbeizuführen. Kein Narr kann so närrisch sein, zu glauben, daß auf den Trümmern umgestürzter Straßenbahnwagen das von den Kommunisten erhoffte Sowjetdeutschland errichtet werden kann. Der Faschismus ist heute in Deutschland stärker als der Kommunismus nicht nur an Wählerstimmen, sondern auch an materiellen Kräften, Bundesgenossen und Hilfsmitteln aller Art. Wenn der Kommunismus das nicht begreift und seine Politik nicht danach einrichtet, so wird er bewußt oder unbewußt nichts anderes sein als der Schritt-macher des Faschismus.

Was kann die SPD von Straßentumulten noch erwarten? Es kann dabei Verwundete, Tote geben und dann kann man noch einmal den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bluthund und Mörder schimpfen. Aber das ist nicht mehr neu und wird keinen besonders starken Eindruck mehr machen. Man weiß ohnehin schon, daß nach kommunistischer Auffassung die russischen GPU, indem sie unschuldige, wehrlose Menschen einfängt und haufenweise niederschleift, revolutionäre Heldentaten verrichtet, daß aber die Berliner Schutzpolizei auch nicht das geringste zum Schutze der Ordnung unternehmen darf, wenn sie nicht von der „Roten Fahne“ eine Mörderbande genannt werden will.

Nein, den Kommunisten können Straßentumulte nichts

Bredt-Partei für Hitler-Kurs.

Sie fordert Aenderung der Außenpolitik und des Friedensvertrages.

Die neue Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Freitagabend ihre erste Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Die Wahl des Fraktionsvorstandes wurde vorläufig zurückgestellt.

Im Anschluß an die Fraktionssitzungen hielt der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei eine Sitzung ab, über die mitgeteilt wird:

Der am 23. September 1930 in Berlin einberufene Reichsausschuß der Wirtschaftspartei, an dem Vertreter aller Teile Deutschlands teilgenommen haben, beschäftigte sich mit den sich aus dem Wahlausgang ergebenden Folgerungen für die Neubildung der Reichsregierung und der zu führenden Politik. Die Auffassung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, sich an keine Regierung, auf welche die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nimmt, weder aktiv noch duldsam zu beteiligen, fand die einstimmige Billigung und Zustimmung des Reichsausschusses. Das Verbleiben der Wirtschaftspartei in der bestehenden oder ihre Mitwirkung an einer neu zu bildenden Regierung wird die Partei ausschließlich davon abhängig machen, ob die von ihr im Interesse der Wiedergeburt von Wirtschaft und Volk zu stellenden Forderungen berücksichtigt werden. Von ausschlaggebender Bedeutung für die endgültige Entscheidung der Wirtschaftspartei wird die Tatsache sein, ob sich dann aus dem Gesamtprogramm der Regierung insbesondere der unerwünschten Forderungen erkennen läßt, daß radikal mit der sozialistischen Wirtschaft, Finanz- und Kulturpolitik Schluss gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Aenderung der Außenpolitik mit dem Ziele der Revision des Young-Planes und des Versailler Vertrages verlangt werden.

Der falsche Reichsanwalt.

Von Beamtenseite wird uns geschrieben:
In den Kreisen der Beamtenschaft herrscht die allergrößte Empörung über die geradezu unbegreifliche Vachheit, mit der der Reichsanwalt in Leipzig der unerschämten Äußerung des Münchener Rechtsanwalts Dr. Frank „entgegengetreten“ ist. Man sieht es nicht, daß dieser „Reichsanwalt“ es nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte, das Ansehen des Reiches und des Stellvertreters des Reichministers des Innern zu wahren, um so mehr, als Rechtsanwalt Frank, was dem Herrn „Reichsanwalt“ völlig entgegen zu sein scheint, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat, die sofortige Bindung verlangt hätte. Rechts-

anwalt Frank hat mit seiner Bezeichnung des Staatssekretärs Zweigert als eines „berufsmäßigen bezahlten Vertreters eines absterbenden Systems“ unzweifelhaft sich eines Vergehens gegen den § 5 Ziffer 1 des Republikstrafgesetzes schuldig gemacht, da er „böswillig und mit Ueberlegung“ die republikanische Staatsform durch die Bezeichnung „absterbendes System“ herabgesetzt hat. Mehr als je hätte es in dieser Zeit stärksten Anstrens aller Reaktionen gegen die Republik eines energischen und tatkräftigen Reichsanwalts bedurft, der in diesem Augenblick seine Pflicht getan hätte. Wird sich Reichsminister Dr. Birth, da sein Kollege Reichsjustizminister Dr. Bredt völlig verjagt, dieses Verhalten des Reichsanwalts gefallen lassen?

Eine Milliarde Fehlbetrag.

Die Sorgen des Bürgerblocks.

Man erwartet in unterrichteten Kreisen, daß am Sonnabend anlässlich der Bekanntgabe des Sanierungsprogramms der Reichsregierung auch genaue Mitteilungen über den zu erwartenden Fehlbetrag im Reichshaushalt gemacht werden. Die Ziffern, die zur Zeit in den Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, genannt werden, belaufen sich nach der II. auf etwa eine Milliarde Mark.

Damit wird die Meldung, die noch vor einigen Tagen offiziös bestritten wurde, bestätigt. Im einzelnen schätzt man den Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung, wie bereits berichtet, auf rund 400 Millionen Mark, während die Mindereinnahmen aus Steuern, Zöllen usw. infolge der Wirtschaftskrise auf 400 bis 500 Millionen Mark beziffert werden. Hinzutreten dann noch zumindest weitere 100 Millionen Mark als Mehraufwendung für die Krisenfürsorge. Insgesamt glaubt man, daß ein zu deckender Betrag für den Reichshaushalt in Höhe von 600 bis 700 Millionen Mark verbleiben wird, wenn die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Proz. die erhofften Mehreträge in vollem Umfang erbringt.

Da die Reichsregierung ein weiteres Anziehen der Steuerfahne für wirtschaftlich wie politisch unmöglich hält, bleibt ihr somit kaum etwas anderes übrig, als den Fehlbetrag in seiner Gesamthöhe von voraussichtlich 600 bis 700 Millionen Mark durch einen kurzfristigen Kredit abzudecken, soweit nicht kostentechnische Mittel zur Verfügung stehen. |

nügen — für den Faschismus sind sie die Ausaat seiner künftigen Ernte. Mag er auch bei ihrer Entfesselung die Rolle des Lockspiegels spielen, er wird sich, wie das bei Lockspiegeln üblich ist, sehr schnell zurückziehen und — die Partei der „Ordnung“ ergreifen. Die den Nationalsozialisten verbündete Hugenberg-Presse stellt ja schon längst die Dinge so dar, als ob der „kommunistische Terror“ die Strafen beherrsche und die Staatsgewalt ihm gegenüber verfrage. Wenn die KPD. durchaus ihren kleinen Krieg gegen Jörgel haben muß, so wird sie damit nichts anderes erreichen, als daß eines Tages die Rechtsorganisationen zwecks Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung aufmarschieren werden, und dann wird der Faschismus die Gelegenheit zum „legalen“ Putsch haben, die er sich wünscht.

Diese Gefahr könnte beschworen werden, wenn die KPD. den Mut besäße, ihre Anhänger vor Unbesonnenheiten zu warnen, wie es die Sozialdemokratie vor dem Kriege in kritischen Zeiten unzählige Male getan hat. Bringt sie diesen Mut nicht auf, so wird man noch öfter Gelegenheit haben zu beobachten, wie die kommunistischen Bögel auf den faschistischen Leim hüpfen.

Die Groteske der faschistisch-kommunistischen Krawallverschönerung im Wiener Garten müßte eigentlich allen Arbeitern die Augen öffnen. Ja, man sollte meinen, selbst das ZK. der KPD. müßte nachzudenken beginnen — könnte es das noch!

Hitler-Echo aus England.

Rechtskoalition „eine verbrecherische Lolsheit“.

London, 26. September (Eigenbericht).

Die gesamte englische Presse widmet der Rede Hitlers vor dem Reichsgericht den weitesten Raum und kommentiert sie mit Zeitartikeln. Der allgemeine Eindruck ist, daß sich diese Rede, wie die „Morning-Post“ sagt, nicht im geringsten von den üblichen aus dem Munde des Naziführers duhndmal gehörten Phrasen unterscheidet, daß sich Hitler nicht im geringsten geändert und trotz seines großen Wahlerfolges nicht das mindeste Verantwortungsgesühl erlangt habe. Das sei aber das Entscheidende: Hitler und seine Unterführer seien still geblieben, aber aus einem Duhnd nationalsozialistischer Abgeordneter sei die zweitstärkste Partei geworden. Dr. Brüning, fährt die „Morning-Post“ fort, gebe sich den Anschein des starken Mannes, aber

sein spingähnliches Schwelgen passe wenig zu der gegenwärtigen Situation in Deutschland.

Alles sei ungewiß, jedoch würde die Welt der Stellung und dem Charakter des Herrn Hitler ein unverdientes Lob spenden, wenn sie sich auch nur einige schlaflose Nächte über seine Rede bereiten würde.

Keinlauten auch die Kommentare der anderen Zeitungen. Der „Manchester Guardian“ meint, Hitler habe etwas gemeinsam mit den Possenheiden, wie sie Shakespeare und Dickens auf die Beine gestellt haben, und es sei

bekanntlich für ein zivilisiertes Volk wie das deutsche, daß ein Hitler imstande gewesen sei, eine Art von Panik hervorzurufen.

Darüber sind sich jedoch sämtliche englische Zeitungen klar, und sie sagen es ohne Unterschied der Partei: Wenn dieser lächerliche Phrasendrescher eins unterhält habe, so die Unmöglichkeit, daß das Zentrum mit ihm in einer Regierung sitzen könnte. Das wäre eine verbrecherische Lolsheit, so heißt es in dem Leitartikel des „Manchester Guardian“, dieser Gelegenheit zu geben, seine Drohungen wahr zu machen. Hieselben Ansicht ist das Blatt „Daily Telegraph“, „News Chronicle“, so sagen es ferner „Daily Telegraph“ und vor allem die „Times“, die jene Mitglieder des Zentrums besonders warnen, die mit dem Gedanken einer Koalition mit Hitler gespielt hätten. Zum Schluß beklagt es die „Times“, daß

alle von Rathenau, von Stresemann und Hindenburg bisher von Deutschland errungenen Erfolge in Gefahr seien, verloren zu gehen.

Deutschland habe durch die Arbeit dieser Männer seine Machtstellung unter den Großmächten wieder gewonnen, und jedes Jahr habe einen Fortschritt bedeutet und die Aussicht auf noch größere Erfolge. Jetzt aber müsse nicht nur an dem politischen Instinkt der deutschen Staatsmänner, sondern auch an dem eines großen Teiles des deutschen Volkes gezweifelt werden. Alle, bisher begrabene Befürchtungen und Leidenschaften bei Deutschlands Nachbarn seien wieder wachgeworden.

Die europäische Abrüstung müsse ein hoffnungsloser Fall werden bei einem Sieg der deutschen fanatischen Nationalisten.

Auch der „Manchester Guardian“ beklagt es, daß die Hitler-Bewegung und die gegenwärtige politische Lage in Deutschland jenen gute Waffen und die Hand liefern würden, die sich der allgemeinen europäischen Abrüstung widersetzen. Die Gefahr eines Sieges der deutschen extremen Nationalsozialisten sieht jedoch die „Times“ noch in weiter Ferne, und sie hofft vor allem auf den Einfluß und die Kraft Hindenburgs, dessen militärische und politische Ratgeber es besser als Herr Hitler wissen sollten, daß Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen in erster Linie vom Vertrauen der starken Nationen abhängig sei.

Selten war eine so klare und einstimmige Meinung in der englischen Presse zu lesen, wie sie am Freitag gegenüber der Lage in Deutschland zum Ausdruck gekommen ist. Einen Freund hat allerdings Hitler, das ist der „Daily Mail“ des Lord Rothermere, ein Blatt, das während des Krieges und viele Jahre nachher zu den wildesten Deutschhässlern und -höhnern gezählt hat, und morgen wieder zählen wird. Dieser „Daily Mail“ kündigt heute bereits einen Artikel Hitlers für die Rothermerische Sonntagsausgabe an. Geld stinkt auch bei dem völkischen Führer Deutschlands nicht.

„Deutschlands Erneuerer.“

Nazi-Stürmer wegen Totschlags verurteilt.

Koblenz, 26. September. (Eigenbericht.)

Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 28 Jahre alten Kaufmann Erich Liese, Führer einer Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Partei, wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis. Liese hatte kürzlich einen Arbeiter, durch den er sich beleidigt und bedroht glaubte, mit einem Dolchmesser heftig mißhandelt, daß bald nach der Tat der Tod eintrat. In dem Urteil wird ausdrücklich festgestellt, daß Liese nicht in Notwehr gehandelt habe.

Minderheitsregierung Baugoin.

Neuwahl in Sicht.

Wien, 26. September. (Eigenbericht.)

Bundespräsident Miklas hat den Vizekanzler Baugoin mit der Regierungsbildung betraut.

Die Großdeutschen und die Landbändler haben bereits abgelehnt, sich in einer Regierung Baugoin vertreten zu lassen.

Diese Regierung dürfte eine Mehrheit im Nationalrat nicht finden. Man erwartet baldige Auflösung des Parlaments und seine Neuwahl für Ende November.

Karl Baugoin, der ehemalige Trainritmeister und ebenso ordinäre Polemiker auf der Tribüne wie gewalttätiger Parteiherrscher in seinem Ressort, hat nun zwar erreicht, Bundeskanzler zu werden, aber diese Herrlichkeit wird hoffentlich nicht allzu lange dauern. Bei der Neuwahl des Nationalrats wird die schwere Wirtschaftskrise und die gewaltige Arbeitslosigkeit in Deutschösterreich anders wirken als am 14. September im Deutschen Reich; die Sozialdemokratie in unserem Bruderland steht seit zehn Jahren in Opposition, die Kommunistische Partei ist bedeutungslos, auch die Nationalsozialisten sind bis jetzt im Parlament nicht vertreten und haben keine Aussicht, eigene Kandidaten durchzubringen. Die Sozialdemokratie ist in Deutschösterreich noch mehr als anderswo die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Mieter, der Arbeitsinvaliden und der Inflationsopfer. Gerade

jetzt zeigt sich der große Erfolg des sozialdemokratischen Volksbegehrens auf stärkere finanzielle Beteiligung des Staates an der Arbeitslosenversicherung und auf Intrafizierung der Alters- und Invalidenversicherung, wie sehr diese sozialen Notwendigkeiten das Volk bewegen.

Herr Baugoin wird seine Kanzlerschaft wohl auszunutzen trachten, um seiner Ankündigung gemäß dem Eisenbahnpersonal wieder „Liebe und Ansehen beim Volk zu verschaffen“. Das will ein Baugoin durch Ernennung irgendeines Scharfmachers zum obersten Leiter der Bundesbahnen und durch eine „Reinigung“ des Personals nach dem Muster des Bundesheeres und der Alpinen Montangesellschaft erreichen. Das Bundesheer hat Baugoin durch größten Terror, durch Unterdrückung, Spitzeltum und Walfunkstüde zu einer äußerlich christlich-sozial erscheinenden Truppe gemacht; bei der Alpinen Montangesellschaft hat man durch die gleichen Methoden viele Arbeiter gezwungen, zähneknirschend von der freien Gewerkschaft abzufallen und in die Heimwehr einzutreten. Mit derlei Methoden wird eine Regierung Baugoin nicht nur den Kampfsgeist unserer Genossen aufs höchste steigern, sondern ihnen auch die Stimmen zuführen, die etwa unter Schobers Regierung kaum der Opposition zugeslossen wären. Die kampferprobte und sieggewohnte Sozialdemokratie Deutschösterreichs kann der kommenden Volksentscheidung mit troher Zuversicht entgegensehen.

Deutsche Beschwerde in Prag.

Tschechisches Bedauern über die Krawalle.

Prag, 26. September.

Der deutsche Gesandte Dr. Koch, der schon am Mittwoch eine Rücksprache mit dem Vertreter des Außenministers, Minister Krosta, dem früheren Gesandten in Berlin, gehabt hatte, hat ihm gegenüber heute früh auf den schweren politischen Rückschlag aufmerksam gemacht, den die Prager Ereignisse der letzten Tage in den Beziehungen der beiden Staaten herbeiführen können, und auf die nachteilige Wirkung dieser Vorgänge auf die öffentliche Meinung in Deutschland hingewiesen. Er hat dabei betont, daß er auf die wirtschaftliche Seite der tatsächlichen Außerkehrung der deutschen Konzilme einwirken noch nicht eingehen. Minister Krosta sprach sein Bedauern über die Vorgänge aus und versierte den guten und ernstlichen Willen der Regierung, diesen nachteiligen Vorgängen ein schnelles Ende zu bereiten.

Die Organe verheerter Buben, chauvinistischer Studenten und ähnler Elemente haben trotz der Absetzung des deutschen Konzilme vom Spielplan des Kinos weitergedauert und nicht nur das staatliche Deutsche Theater und das Deutsche Haus, sondern auch Gebäude tschechischer Parteien, so das Zeitungshaus der Benešpartei (Nationalsoziale) und schließlich alle erreichbaren Auslagenfenster, Firmenschilder usw. zum Zerstörungsziel genommen. Polizei und Gendarmerie sind scharf vorgegangen. 60 Personen wurden verhaftet, zahlreiche verletzt.

Es wäre ein Unrecht, für diese Pöbeleien einer Anzahl „Pepici“ (Halbstarke) und verheerter Buben das tschechische Volk verantwortlich zu machen. Die erdrückende Mehrheit des intelligenten, tüchtigen und wahrhaft demokratischen Tschechenvolkes stimmt mit den häufigen Versöhnungsreden seines Präsidenten Masaryk vollkommen überein und will in Frieden, nicht nur mit dem Ausland, sondern vor allem mit seinen Landsleuten anderer Zunge leben.

Wenn auch die deutsche Minderheit in Prag bei der Volkszählung die 20 Proz. nicht erreicht hat, die ihr nach dem Befehl sprachliche Gleichberechtigung in Amt und Schule sichern würde, so ist doch Prag die Hauptstadt eines Staates, von dessen Bevölkerung mindestens ein gutes Viertel Deutsche sind. Das Deutsche Theater aber ist ein Staatstheater und der Angriff darauf trifft den Staat.

Im übrigen ist die Vermutung nicht abzusehen, daß die ganze Heherei bestimmt ist, dem Außenminister Dr. Beneš Ungelegenheiten zu bereiten, dessen Hauptfeinde im Hintergrund der Krawalle stehen.

Kommunisten tun es den Bänden gleich.

Prag, 26. September. (Eigenbericht.)

Der Benzelsplatz wurde am Freitagabend von berittener Polizei und Gendarmerie mit ausgepflanztem Bajonett besetzt und abgesperrt. Jede Ansammlung wurde verhindert. In den Seitenstraßen gab es wiederholt Zusammenstöße mit der Polizei.

Am Freitagabend zogen etwa 150 Kommunisten vor das sozialdemokratische Volkshaus, in dem die Redaktion des „Pravo Lidu“ ist. Die dort bei einer Vorbesprechung zum Parteitag anwesenden

Unser neuer Roman.

In einer Großstadt Deutschlands liegt ein Altenbündel. Die Presse jener Stadt, soweit sie verantwortungsbewußt ist, hat viele Spalten ihres unwordenen Druckraums dem „Fall...“ gewidmet und es gingen Wellen der Entrüstung durch die ganze Welt. Eine von ihnen, vielleicht war es schon die letzte, spülte an jenen Strand, der des Autors Heimat ist. Leise — aber sie wurde demerkt.

Und wirkte mit ihrer geringen Kraft dennoch fort. Das Altenbündel mag inzwischen verstaubt sein, die Zeitungsblätter vergilben in Archiven — dennoch sind sie vorhanden, und Archive können geöffnet, Akten veröffentlicht werden, um die Wahrheit der hier aufgezeichneten Geschehnisse zu bezeugen! ... denn dies ist keine Dichtung. Es ist ein Bericht, dem die Form des Romans gegeben wurde.

Delegierten verließen gerade das Volkshaus, als die Kommunisten über sie herfielen. Sie beschimpften die Delegierten, bewarfen sie mit Steinen und schlugen mit Stöcken auf sie ein. Drei Kongreßdelegierte wurden verwundet. Das Volkshaus wird jetzt von sozialdemokratischen Arbeitern bewacht werden.

Die Abwehr gegen die Orgesse.

Die beiden deutschen Kabinettsmitglieder Dr. Spina und Dr. Czech (Deutscher Sozialdemokrat) haben beim Ministerpräsidenten Udrazal Protest gegen die deutschfeindlichen Ausschreitungen eingelegt. Der Ministerpräsident logte ihnen rückwärtsläufige Unterdrückung weiterer Ausschreitungen zu.

Die Tschechische sozialdemokratische Partei hat eine Kundgebung erlassen, die sich scharf gegen die nationalsozialistischen Ausschreitungen wendet. Heute veranstaltete die Tschechische nationalsozialistische Partei (die keine faschistische, sondern eine linksdemokratische Partei ist und unter geistiger Führung von Beneš steht) eine Gegendemonstration gegen die faschistischen Orgesse.

Am Freitagabend griff die Gendarmerie in den Straßen von Prag wiederholt gegen neue Zusammenrottungen von deutschfeindlichen Demonstranten scharf durch, und zwar viel energischer als die Prager Polizei, deren Präsident Dolejš abgesetzt werden soll.

Auch der Prager Stadtrat erklärt, die Ausschreitungen zu bedauern, jedoch die ersten „würdigen“ Kundgebungen zur Betonung des slawischen Charakters der Stadt Prag zu begrüßen. Tatsächlich ist Prags Bürgermeister Bapa ein gefühlerreicher Deutschfeind, der im Namen des „slawischen“ Charakters der Hauptstadt einen schändlichen Feldzug gegen alles Deutsche seit elf Jahren führt und moralisch mitschuldig an den nationalsozialistischen Orgessen ist.

Schlesiensejm aufgelöst.

Auch Korsantj verhaftet.

Warschau, 26. September.

Auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten wurde der schlesische Sejm aufgelöst. Die Mehrheit hatte es abgelehnt, die Bedingungen des Wojewoden Grajsznki anzunehmen, die den Sejm als Jagemaschine bestehen lassen hätten.

Der Abgeordnete des schlesischen Sejm, der früherer deutscher Reichstags- und preussischer Landtagsabgeordneter Korsantj, ist heute vormittag durch Kriminalbeamte nach einer Hausdurchsuchung verhaftet und im Auto abtransportiert worden. Die Polizei verweigert jegliche Auskunft.

Verhaftet wurde auch der kommunistische Abgeordnete Bjezjorek; andere Abgeordnete werden von der Polizei gesucht.

Das Palästina-Werk.

Jüdischer Arbeiter-Wellkongreß in Berlin.

Der jüdische Arbeiterverband „Histadrut“ in Palästina, dessen Mitgliederzahl in den letzten elf Jahren von 3000 auf 30 000 gestiegen ist, veranstaltet in Berlin einen Wellkongreß jüdischer Arbeiter für das Palästina-Werk. Die Teilnahme der jüdischen Arbeitermassen an diesem Kongreß ist sehr stark; in Polen allein wurden 95 000 Karten abgesetzt, auf denen das Kongreßprogramm zu lesen war, und über 90 000 Personen haben sich an der Wahl der Kongreßdelegierten beteiligt. Neben den Vertretern aus zahlreichen europäischen Ländern ist auch eine achtköpfige Delegation aus Nordamerika eingetroffen, die Joeben Palästina besucht hat. In einem Presseempfang sprach Rubaschoff, Palästina über das Kongreßziel der Errichtung einer Wellliga für das arbeitende Palästina, worauf der frühere sozialistische Abgeordnete im New-Yorker Staatsparlament, Schipiatoff, und der Sekretär der jüdischen Gewerkschaften in USA, Feinstein, die überaus günstigen Eindrücke schäbterten, die sie in Palästina von der jüdisch-sozialistischen Aufbauarbeit empfangen haben. Für die Eröffnungsfeier am Sonnabendabend sind u. a. Professor Einstein, Edward Bernstein, Jean Longuet, Paris und der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Johann Sassenbach, als Redner angekündigt.

Obstruktion gegen das Reichsgericht.

Der Oberst will Verhaftungen verhindern. — Das heilige Leutnantwort!

In der fortgesetzten Verhandlung des Hochverratsprozesses gegen die drei Reichswehroffiziere fragte der militärische Verteidiger Hauptmann Weindl den Zeugen Leutnant Binzer, wie die Stimmung im Offizierkorps zum Behrge Gedanken gewesen sei. Zeuge:

Im Offizierkorps besteht, wie ich offen sagen muß, eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Zuständen. Wir streuen uns geradezu alle, daß durch Ludien nun eine Lat kommen sollte.

R.-A. Dr. Sack: Unter dem Ausdruck Lat kann man ja Zweierlei verstehen. (Unruhe im Zuhörertraum.) Was dachten Sie sich denn unter der „Lat“ Ludiens? Zeuge: Ich hatte von Ludiens Vorhaben keine klare Vorstellung. Nur das Eine war mir klar, daß er überhaupt etwas tun und feststellen wollte, wer hinter ihm stünde. Von einem Memorandum an das Reichswehrministerium war allerdings damals nicht die Rede.

R.-A. Kameke stellte dann eine Reihe von Fragen an den Zeugen. Er bezweifelte vor allen Dingen, daß der Zeuge vom Untersuchungsrichter verstanden worden sei und erklärte, das Protokoll des Zeugen könne infolgedessen nicht stimmen.

Die Hege gegen den Untersuchungsrichter.

Hier meldete sich der bereits gestern vernommene Leutnant Staedte und erklärte, er habe bei seiner Vernehmung in der Polizeidirektion München den Eindruck gehabt, daß sein Verhör unter einer ganz bestimmten Tendenz gestanden habe. „Als ich dann durch Landgerichtsdirektor Braune vernommen wurde, standen sich zwei große Begriffe gegenüber, nämlich Politik und Wahrheit. Der Herr Untersuchungsrichter war mit meiner Aussage niemals zufrieden, offenbar, weil ich bei der Wahrheit blieb. Schließlich sagte er mir, daß ich, wenn ich über den Fall irgend etwas in die Öffentlichkeit bringen würde, er dafür sorgen wolle, daß ich ein Schweigegebot vom Reichswehrministerium bekomme. Ich habe dem Untersuchungsrichter geantwortet, daß ich das als Erpressung empfinde.“ (Große Bewegung.)

Borj. (sehr ernst): Der Herr Untersuchungsrichter hat nach freiem Ermessen den Tatbestand aufzuklären. Er ist nicht, wie Sie glauben, mit Nachmitteln des Reichswehrministeriums ausgerüstet, die er nach Belieben verwenden kann. Allerdings kann er einem Zeugen im Interesse der Untersuchung Verschwiegenheit auferlegen.

Zeuge Staedte: Wie ist es aber möglich, daß er mir, weil ich es nicht so wollte, wie er, mit dem Schweigegebot drohte?

Borj.: Der Richter ist berechtigt, Sie zum Stillschweigen zu verpflichten.

Untersuchungsrichter Braune: Ich habe dem Leutnant Staedte lediglich gesagt, daß ein Zurückhalten der Wahrheit für ihn unangenehme dienstliche Folgen haben könne. Staedte betonte, daß er gar kein Interesse daran habe, daß die Angelegenheit im dunkeln bleibe und deshalb habe ich ihm gesagt, daß er aus Gründen der Untersuchung nichts sagen dürfe und daß ich eventuell ihm ein Schweigegebot auferlegen lassen müßte.

Zeuge: Ich habe nur gesagt, daß meinerwegen der ganze Fall an die große Glocke kommen könne, da ich selbst schuldig sei.

Borj.: Herr Sachverständiger Major Theisen, Sie haben doch die Tätigkeit des Untersuchungsrichters mit beobachtet. Hatten Sie das Gefühl, daß er rigoros gegen die Zeugen vorgegangen ist?

Major Theisen: Ich habe seiner Vernehmung beigewohnt. Ich war aber vom Reichswehrministerium Herrn Landgerichtsdirektor Braune beigegeben, als er die drei Offiziere verhört hat. Ich habe dabei

feststellen können, daß der Herr Untersuchungsrichter ein warmes Herz für die Angeklagten hatte. Nachdem er die Verhaftung vollzogen hatte, kam Herr Braune nachts um 12 Uhr nochmal zu mir ins Zimmer. Er war beinahe ganz gebrochen und sagte zu mir wörtlich: „Es ist doch eine furchtbare Tragik mit diesen prächtigen, jungen Offizieren. Besonders Ludien hat sich als ein aufrechter Mann benommen.“

Ich hatte den Eindruck, daß die Verhaftung der drei Angeklagten dem Herrn Untersuchungsrichter außerordentlich nahe gegangen ist.

R.-A. Dr. Sack: Ist es nicht so gewesen, Herr Sachverständiger, daß das Hochverratsverfahren gegen die drei Angeklagten erst auf Betreiben parlamentarischer Kreise durch den Reichswehrminister eingeleitet worden ist? Sachverständiger: Nein, das ist nicht so. Der Reichswehrminister hat vielmehr von sich aus die Untersuchung auf Grund des Tatberichts eingeleitet.

Der Oberst erschwerete die Verhaftung.

Kommandeur Oberst Beck: Ich möchte zu dem Fall des Landgerichtsdirektors Braune auch meinerseits etwas sagen. Die Verhaftung der drei Angeklagten hat eine

gewisse Antipathie gegen Herrn Landgerichtsdirektor Braune in meinem Offizierkorps

hervorgehoben, obwohl mir persönlich jeder Vorwurf gegen den Untersuchungsrichter fernliegt. Als nämlich Herr Braune die drei Angeklagten verhaften wollte, kam er zu mir, weigerte sich jedoch, mir als dem Kommandeur den Grund für die Verhaftung anzugeben. Erst nach längerem Hin und Her erklärte mir Herr Braune, er dürfe mir an sich den Grund wohl sagen, wolle es aber nicht tun, da er Verdunkelungsgefahr befürchte. Herr Landgerichtsdirektor Braune ist also offenbar der Ansicht gewesen, daß ich als Regimentskommandeur die Handlungen dreier junger Offiziere meines Regiments mit verdunkeln würde. Erst auf mein energisches Drängen erklärte mir der Untersuchungsrichter, daß die drei jungen Offiziere wegen nationalsozialistischer Zellenbildung verhaftet werden sollten. Dieses Wort ist zuerst von dem Untersuchungsrichter gefallen. Der ungünstige Eindruck, den die Verhaftung der drei Offiziere hervorgerufen hat, besteht noch bis heute, nicht nur in meinem Regiment, sondern weit darüber hinaus.

Landgerichtsdirektor Braune wandte sich scharf gegen diese Darstellung des Zeugen Oberst Beck. Letztlich habe es zwischen ihm und dem Oberst bei Ullm vor der Verhaftung der drei Offiziere eine

ziemlich erregte Auseinandersetzung

gegeben, weil der Kommandeur zunächst einmal erklärt habe, er könne den Vollzug des Haftbefehls erst dann zulassen, wenn ihm dessen Begründung mitgeteilt würde!

Oberst Beck erklärte, das sei richtig, doch sei sein Widerspruch in dem Augenblick verstummt, als er gehört habe, daß der Haftbefehl noch einem Vortrag beim Reichspräsidenten und beim Reichswehrminister erlassen worden sei. In diesem Augenblick habe er als alter Offizier die Hacken zusammengenommen.

Borj.: Das Reichswehrministerium hat am 25. Februar die Akten dem Herrn Oberreichsanwalt überandt mit der Bitte, gegen die schuldigen Offiziere und ihre angeblichen Hintermänner ein Verfahren einzuleiten. Darauf hat der Oberreichsanwalt die Sache geprüft und den Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Braune beauftragt, die Untersuchung vorzunehmen. Der Oberreichsanwalt hat dabei dem Untersuchungsrichter anheimgestellt, gegen die Angeklagten wegen Verdunkelungsgefahr einen Haftbefehl zu erlassen.

Der Haftbefehl war berechtigt, einmal wegen der Gefahr einer Beileistungsmaßnahme von Beweismaterial und auch wegen der Höhe der den Schuldigen drohenden Strafe.

Der Haftbefehl ist dann durch den Untersuchungsrichter in Ullm vollstreckt worden. Als ich nach Ullm kam, war gerade Offiziersbesichtigung auf dem Ruhberg. Deshalb traf ich auch keinen Offizier in der Kaserne an, mit Ausnahme des Abteilungscommandeurs Hase, den ich kurz über den Sachverhalt informierte und mitteilte, daß ich zwei Offiziere verhaften müsse. Auch mir lag ebenso wie dem Abteilungscommandeur an einer möglichst unauffälligen, das Militär nicht schädigenden Verhaftung. Ich hatte mir für den Haftbefehl Kriminalbeamte aus Stuttgart mitgebracht. Ich verabredete mit Herrn Hase, daß ich mit ihm im Auto zum Exerzierplatz hinausfahren wollte. Hase sollte unauffällig zu der Besichtigung hingehen und mir dann die beiden Offiziere in das Auto bringen. Wir fuhren auch zum Exerzierplatz hinaus und mein Auto hielt etwa 500 Meter von der Truppenbesichtigung entfernt. Hase ging zur Truppe hin, kam aber überhaupt nicht wieder. Nach langem Warten kam dann Oberst Beck zu mir und sagte,

er werde die Verhaftung seiner Offiziere nicht zugeben, bevor er nicht wisse, um was es sich handle.

Ich erwiderte: Erst muß ich Ihre Offiziere verhaften, dann werde ich Ihnen Auskunft geben. Darüber gab es eine lange und sehr erregte Aussprache, da Oberst Beck zunächst nicht in die Verhaftung einwilligen wollte.

Ein Leutnantwort gilt mehr als alle Akten!

Oberst Beck: Nach Ausführung des Haftbefehls folgte mir der Untersuchungsrichter, daß die Angeklagten sich auch nach dem 12. Dezember im Dienste der Nationalsozialistischen Partei betätigt hätten. Ich habe ihm erwidert, daß das nicht möglich sei, denn ich hätte das Wort des Leutnants Scheringer, sich nicht mehr mit der Nationalsozialistischen Partei zu beschäftigen und ich sagte dem Herrn Untersuchungsrichter, daß mir

das Wort eines meiner Offiziere mehr gelte als alle seine Berichtsakten.

(Große Bewegung im ganzen Saal.)

Dann wurde Leutnant Lorenz aus Hannover vernommen, der seinerzeit mit Ludien und Leutnant Binzer die Besprechung in Hannover gehabt hat. Er schilderte, daß er mit seinem Freunde Binzer Ludien vom Bahnhof abgeholt habe, während Oberleutnant Wendt, der mit dem gleichen Zuge angekommen sei, sich sofort zu Hauptmann Jäger begeben habe. Borj.: Ludien hat Ihnen doch nun eine ganze Menge erzählt. Dinge, die Ihnen doch zum Teil fremd sein mußten. Fiel Ihnen denn nun gar nichts daran auf? Zeuge: Komisch kam es mir allerdings vor, daß Ludien uns

so geheimnisvoll und ohne Zeugen

sprechen wollte. Borj.: Worüber hat denn Ludien überhaupt gesprochen. Zeuge: Ludien erzählte, er habe mit dem Nationalsozialisten in München verhandelt, die dafür sorgen wollten, daß die Bedenken der Rechtsgeminden, also der Vaterländischen in Deutschland gegenüber der Reichswehr zerstreut werden sollten. Borj.: Und was hat Ihnen Ludien über die Nationalsozialisten gesagt? Zeuge: Wir Offiziere sind alle vaterländisch

gesinnt und wenn wir uns über Parteien unterhalten, so selbstverständlich nur über vaterländische Parteien. Leider gibt es ja in Deutschland nur wenig vaterländische Parteien. Zu diesen zählte Ludien die Nationalsozialisten in erster Linie. Borj.: In der Bornunternehmung haben Sie bedeutend mehr gesagt. Zeuge: Heute weiß ich aber nichts mehr. Borj.: Dann

haben Sie ein sehr kurzes Gedächtnis.

Hauptmann Hermann Jäger von der 7. Kompanie des Infanterieregiments 18 in Kassel wird zunächst unter Aussetzung der Beerdigung über seine Unterredung mit dem Angeklagten Wendt in Hannover im November v. J. vernommen. Der Zeuge gab an, daß er den Angeklagten Wendt seit dem Jahre 1924 von einer Hubertusfeier in München her kenne. Im November 1929 erhielt er ein Telegramm von Wendt, in welchem er gebeten wurde, von Kassel nach Hannover zu kommen, wo eine wichtige und entscheidende Aussprache erfolgen sollte. Hauptmann Jäger holte Wendt vom Bahnhof ab und in der darauffolgenden Besprechung hat Wendt zunächst seine allgemeinen politischen Anschauungen entwickelt und sich mit ihm über Tagesfragen unterhalten.

Der harmlose Hauptmann.

Borj.: Herr Zeuge, was dachten Sie sich denn eigentlich dabei, als nun plötzlich zwei junge Kameraden von Süddeutschland nach Norddeutschland kamen und dort mit verschiedenen Offizieren geheime Besprechungen abhielten. Zeuge: Mir fiel das nicht besonders auf. Borj.: Und fiel es Ihnen auch gar nicht auf, daß man Sie z. B. bei der Unterredung mit Wendt befragte, wie denn die Stimmung in den Offizierkorps in Norddeutschland sei? Zeuge: Das ist mir auch nicht aufgefallen. Borj.: Das ist doch aber sehr eigenartig. Ist denn Ihre Harmlosigkeit wirklich so groß, daß Sie sich über diese sehr auffällenden Dinge gar keine Gedanken gemacht haben sollen. Herr Zeuge, ich muß Ihnen einen sehr ernsten Vorhalt machen. Der Herr Untersuchungsrichter hat in das Protokoll Ihrer Vernehmung die Notwendigkeit eingefügt, er habe den Eindruck gehabt, daß Sie bei Ihrer Vernehmung mit der Wahrheit zurückgehalten haben. Ich warne Sie, Herr Zeuge, Sie machen sich strafbar, wenn Sie hier unter Eid etwas verschweigen. Das würde einen Meineid bedeuten. Das wäre gerade bei einem Offizier besonders unerhört.

Untersuchungsrichter Braune: Hauptmann Jäger hat

alle seine Aussagen mit großen Pausen gemacht und hat dann auf meine entscheidende Frage, ob Oberleutnant Wendt ihn für die Nationalsozialistische Partei zu werben versucht habe, schließlich erklärt: „Darauf verweigere ich die Antwort.“

Borj.: Hatten Sie den Eindruck, daß Hauptmann Jäger sich schämend vor Wendt zu stellen versuchte? Untersuchungsrichter: Jedenfalls war mir seine Beizung über diesen Teil des Gesprächs auszulagen, geradezu unverständlich.

Der Zeuge Hauptmann Jäger sollte dann per eidigt werden. Der Vorsitzende wollte eben dem Zeugen die Eidesformel vorprechen — der Reichsanwalt hatte keine Bedenken erhoben —, da erklärte plötzlich der berichterstattende Richter, Reichsgerichtsrat Dr. Glimmer, er habe Bedenken, daß dieser Zeuge wegen des Verdachts der Teilnahme an dem Vergehen der drei Angeklagten nicht per eidigt werden könne.

Dieser Einspruch löste eine große Erregung im Gerichtssaal aus. Nach längerer Beratung kehrte der Senat in den Saal zurück und Präsident Baumgarten verkündete folgenden Beschluß:

„Die Beschlüßfassung über die Vereidigung des Zeugen Hauptmann Jäger wird bis an den Schluß der Beweisaufnahme zurückgestellt. Es soll dann noch die Frage geprüft werden, ob die Zeugen von Pfeiffer, Weiß und Wagner zu vereidigen sind.“

Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend, 9 Uhr, vertagt.

Gau Danzig der NSDAP aufgelöst. Wie der „Baltische Beobachter“ mitteilt, ist der Gau Danzig der NSDAP aufgelöst worden. Mit der Neuorganisation ist Artur Greiser beauftragt worden.

Unter Kapitalisten.



„Keine Sorge, wenn auch die Nazis sich zuweilen ein bißchen radikal gebärden. Je stärker ein Arbeiter auf den Nationalsozialismus schwört, desto leichter ziehen wir ihm das Fell über die Ohren!“

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 27
20 Uhr
Schwanda, der
Dudelsackpfeifer
Ende 22¹/₄ Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
R.-S. 75
19¹/₂ Uhr
Carmen
Sofisti. Karneval
Ende 22¹/₄ Uhr

Staats-Schiller-Theater, Charlfbg.
20 Uhr
Herr Doktor, haben Sie zu essen?
Ende gegen 22¹/₄ Uhr

SCALA
Tägl. 5 u. 8¹/₂ Uhr. 8 3. Barb. 9236
Pr. 1-6 M. - Nachm. halbe Preise.
"Hör' meine Tage! Zum ersten
Male auf dem Kontinent!"
Fern-Sprech-Sehen, Celestien
und das amerikanische Tarentel-Pragr.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8¹/₂
Sonnt. 2, 3 u. 8¹/₂
Alex. E. 4, 8066

Weintraubs Syncopators
und das große internationale Programm!

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
Direktion: Ralph Arthur Roberts
8¹/₂ Uhr **Das häßliche Mädchen**
Englisch - Roberts - Ricmann.

GROSS-SCHAUSPIELHAUS 8
Lustige Witwe
Heisterberg, Hansen,
Arno, Schollwer,
Jankuhn, Schaeffers,
Winkelstein, Deant.
REGIE: CHARRELL

8¹/₂ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹/₂ Uhr
Lothringergasse 37.
Nur noch bis 30. September
Der seltsame Holländischer
Am 1. Oktober zum 1. Male
Hurrah, ein Junge!
Gutschein 1-4 Pers. Fauteuil 1,25 M.,
Sessel. 1,75 M. - Sonntag Preis:
Parkett 28, Rang 60 Pfg.

CIRCUS VARIETE BUSCH
die schönste und modernste
Vergnügungstätte Berlins!
Tägl. 2 Vorst. - Tel. Wolowdamm 2610
nachm. 4¹/₂ Uhr: 30 Pfg. - 1.30 RM.
abends 8¹/₂ Uhr: 30 Pfg. - 3. RM.
Sonnt. 3 Vorst.: 2¹/₂ - 5 u. 8¹/₂ Uhr
Versäumen Sie nicht das
September-Weltstadtdrogramm!
14 intern. Circ- u. Varietéschlag!
Am 1. Oktob. vollst. Programm wechs.
Große Ueberraschungen.

So
uteilt die Presse
über
**Die Braut
von Messina**
mit Jeane Tiesch
im
ROSE-THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132
Billettkasse: Alex 3422 u. 3494
Lokal-Anzeiger 3422
Abend!
Welt am Abend: Der Beifall
wird kein Ende nehmen.
Der Tag: Das Haus war mit-
gelesen.
1 Uhr-Abendblatt: Herzlicher
Beifall eines erstgenannten Pu-
blikums.
Börse-Courier: Das volle Haus
zeigte der Bemühung Achtung
und Beifall.
Volkszeitung: Das Publikum
rief die Darsteller immer wie-
der vor den Vorhang.
Nachtausgabe: Ein Ehrenabend
für das Volkstheater in der
Gr. Frankfurter-Straße.
Morgenblatt: Eine Aufführung,
die allen Respekt verdient.
Sonntag 22 7¹/₂ u. (mit 1500 Trench)
und auch 12¹/₂ u. (mit 1500 Trench)
Wochentags 8¹/₂ u., Sonntag 2¹/₂
u. 5¹/₂ u. 8¹/₂ Uhr
Kassentr. von 50 Pf. bis 3 M.
(Garderober u. Progr. je 25 Pf.)
Heute, Sonntag, 4¹/₂ Uhr:
„Dornröschen“
Gr. Anhaltstr. 10/11 f. Kleiner.

**Winter
Garten**
8.15 Uhr - Reuden erlaubt
Hans Kollacher + Argentino
Little Elster tanzt u. singt u. a.
Sonntag u. Sonntag je 2 Vorstellungen
4 und 8¹/₂ Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

**Volksbühne
Theater am Bülowplatz.**
täglich 8 Uhr
Die Weber
v. G. Hauptmann
Regie: K. H. Martin.
Staats-Schiller-Th.
8 Uhr
Herr Doktor, haben
Sie zu essen?

Deutsches Theater
8 Uhr
**Der Kaiser
von Amerika**
von Bernard Shaw
Tatort: Werner Krauß
Regie: Max Reinhardt.

Kammerspiele
8¹/₂ Uhr
Heute zum 25. Male:
**Die Schule
der Frauen**
von Molière.
Regie: Hans Deppa.

Die Komödie
8¹/₂ Uhr
Der Schwierige
Lustp. v. Hugo v. Hofmannsthal
Regie: Max Reinhardt.

Barnowsky-Bühnen
Theater in
der Strömsmannstr.
Täglich 8¹/₂ Uhr
Marguerite : 3
Lustspiel von Schwaner

Komödienhaus
8¹/₂ Uhr Täglich 8¹/₂
Konto X
von Bernauer und
Bestrecker

Lustspielhaus
Dir.: Hans Löblich
Täglich 8¹/₂ Uhr
**Meine Schwester
und ich**
Musik von Benatzky
Lory Leux,
Kurt von Möllendorf
Sonntag 5 Uhr
**Meine Schwester
und ich**

**Deutsches
Künstler-Theat.**
Tel. Barbarossa 3937
8¹/₂ Uhr
Jim und Jill
Operette v. Vivian Ellis
Preise von 1 M. aufwärts

**Renaissance-
Theater**
Steinplatz 6780
9 Uhr
**Die
Wunder-Bar**
Revuestück

**Theater am
Schiffbauerdamm**
Tägl. 8¹/₂ Uhr
**Feuer aus
den Kesseln**
von Ernst Toller.
Tel.: D. 1. Nord. 0781 u. 5813

Lessing - Theater
Voltenstr. 2791 u. 5818
Täglich 8 Uhr
Nur noch
3 Vorstellungen
**Des Kaisers
Kulis**
von Th. Pillivier.
Regie: Erwin Piscator.

Rose - Theater
Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex 3422 u. 3494
8.15 Uhr:
Irak v. Messina
mit Irene Tiesch
als Isabella.

**LUNA
PARK**
Heute FEUERWERK 9¹/₂ Uhr
KONZERT 7¹/₂ Uhr
Ehrenabend Kapellm. Dr. Quander

Laß Blumen sprechen!
und das neue Programm der
Stettiner Sängers
im
Reichshallen-Theater
abends 8 Uhr und Sonntag nach-
mittags 3¹/₂ Uhr (nachm. zu halben Pr.)
Dünhoff - Brettl. Variet. - Konzert - Tanz.

Komische Oper
8¹/₂ Uhr
**Das Mädel
am Sieuer**
Operette v. Gilbert
Theater am Kottb. Tor
Kottbusser Str. 6
Tägl. 8 Uhr
auch Sonnt.
nachm. 3 Uhr
**Elle-
sänger**
Das
Berwunderl
Liederspiel
u. die tolle Post
Die lieben Verwandten.
Zum Schluß:
Pinselrichs
Himmelskaiser!

Neues Theater
am Zoo
am Bahnh. Zoo. Stpl. 5554
Täglich 8¹/₂ Uhr
Lommel
in der Posse
Pool und Pauline
Rundfunkhörer
halbe Preise.
Zimmer:
1 Bett Mk. 7,- bis 11,-
2 Betten 13,- bis 22,-
Bad: Mk. 3,- Salon: Mk.
Keine höheren Preise

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75.J
**Der gute Kapitän-
Kaufabak** ist in den meisten Zi-
garrengesch. erhältlich.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Köpenick, 3061

**Allcredo-
Möbel**

Das Schlafzimmer
Die Küchen
Das Speisezimmer
Das Herrenzimmer
Die Einzelmöbel

Kleine Preise - Kleine Raten.
Bei Tod des Kunden braucht nicht
mehr bezahlt zu werden.

**Berlin SW 19
Spittelmarkt 4-7**

Ecke
Gertrauden-
strasse

Kredit

Eisenmoorbad Pretzsch Elbe
Beste Erfolge bei Gicht, Rheuma,
Lähm., Nerven-, Frauenleid, usw.
Des Bod ist das ganze Jahr geöffnet / Fernspr. 69
Näheres durch kostenlos. Prosp. d. Badeverwaltung

Zahlen beweisen!

Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen
Bevölkerung, die
Volkshilfe

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-
Aktiengesellschaft, gewährt ihren Versicherten auf die
gewinnberechtigten Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volkshilfe sind
2 Millionen Versicherungen
in Kraft; sie hat ein
Vermögen von rund 100 Millionen Reichsmark.

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Berlin S. 42, Ritter-
straße 125, I; Berlin-
Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 121; Berlin-Pankow,
Gaillardstraße 26, Gartenh. pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-Reinickendorf-
West, Straße 20, Haus 12; Berlin-Spandau, Götelstraße 5, pt. oder der Vorstand der Volks-
hilfe in Hamburg 5, An der Alster 57-61.

**3
Reste-Tage!**

**Enorm
Billige
Reste-Abschnitte
Kleiderstoffen,
Baumwollstoffen,
Seidenstoffen,
Gardinenstoffen,
Spitzen, usw.**

**HERMANN
TILTZ**

Das Warenhaus Berlins
in allen Stadtteilen!

**Sonnabend
Montag
Dienstag**

**DAS WAHR-
ZEICHEN
FÜR
BILLIG-GUT**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 29. September,
abends 8 Uhr, in den Sophien-Sälen,
Sophienstraße 17-18
**Branchen-Versammlung
der Bau- und Geldschrank-
schlosser**

Tagesordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen
mit dem Schloßerhand Besitzer
Schlossern.
2. Verhandlungsgegenstände
3. Beschluß.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schloßer
Eugen Krehahn
geb. 9. April 1881, am 22. September
gestorben ist.
Ohre seinem Adbenten!
Die Einäscherung findet am Sonn-
tag, dem 27. September, 10¹/₂ Uhr,
im Krematorium Baumgärtelweg,
Riesholzstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Widwid und unerwartet verschied
am Sonntag, dem 21. September,
mein lieber Mann, mein guter Poppel,
Alex Becker
Im Namen der Hinterbliebenen
Helene Becker
geb. Kestmann
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, dem 28. September, vormittags
10 Uhr, Neue Straße, Wehlen, statt.

Zahlen beweisen!
Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen
Bevölkerung, die
Volkshilfe

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-
Aktiengesellschaft, gewährt ihren Versicherten auf die
gewinnberechtigten Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volkshilfe sind
2 Millionen Versicherungen
in Kraft; sie hat ein
Vermögen von rund 100 Millionen Reichsmark.

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Berlin S. 42, Ritter-
straße 125, I; Berlin-
Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 121; Berlin-Pankow,
Gaillardstraße 26, Gartenh. pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-Reinickendorf-
West, Straße 20, Haus 12; Berlin-Spandau, Götelstraße 5, pt. oder der Vorstand der Volks-
hilfe in Hamburg 5, An der Alster 57-61.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.

Felddruckerei Wert 25 Pf.
täglich 2 Mal
des 1. Wert (Felddruck)
15 Pf. jedes weitere Wort
10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben können
für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die
abdrucken bestimmt
sind, müssen bis spätestens
4¹/₂ Uhr nachmittags in
der Druckerei bei
Verlagsstr. 107/108
abgegeben werden. Anzeigen
für den nächsten Tag
müssen bis 10¹/₂ Uhr
nachmittags
abgegeben werden.

Verkäufe

Experten, Sülz, Kolonnenstraße 9.

Total-Ausschluss, Teppiche, Parter-
re, Tisch, Dimanboden, Gardinen
zu jedem annehmbaren Preise wegen
Geheißaufgabe, Teppichhaus Herberich
Friedrichstraße 108, I. Ecke Behrenstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Herren- und Damen-
bekleidungsstücke, Herren- und Damen-
hemden, Westen, Anzügen, Sakkos,
Hosen, Strümpfe, Socken, Unter-
wäsche, etc. zu jedem annehmbaren
Preis. Gelegenheitskäufe in neuer
Garderobe. Weiterer Weg löhndem.
Bahnhofstraße 108, I. Ecke Behren-
straße.

Wenig getragene, teils auf Seide ge-
arbeitete, erstklassige Herrenanzüge, Frack-
anzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge,
Pausenanzüge, Wintermäntel und Sakkos,
für jede Figur passend und in
jeder Form stets vorrätig; außerdem
hochlegante neue Garderobe, von er-
fahrenen Schneidern gearbeitet, in Rou-
and billigen Preisen. Gelegenheits-
käufe in Herren- und Damenbelei-
dungsstücke, Herren- und Damen-
hemden, Westen, Anzügen, Sakkos,
Hosen, Strümpfe, Socken, Unter-
wäsche, etc. zu jedem annehmbaren
Preis. Gelegenheitskäufe in neuer
Garderobe. Weiterer Weg löhndem.
Bahnhofstraße 108, I. Ecke Behren-
straße.

Wenig getragene Herren- und Damen-
bekleidungsstücke, Herren- und Damen-
hemden, Westen, Anzügen, Sakkos,
Hosen, Strümpfe, Socken, Unter-
wäsche, etc. zu jedem annehmbaren
Preis. Gelegenheitskäufe in neuer
Garderobe. Weiterer Weg löhndem.
Bahnhofstraße 108, I. Ecke Behren-
straße.

Möbel

Wer mit billigen Möbeln faehrt, der
bedenke sofort das Warenhaus
des Herrn Hermann Tiltz, Bahnt. 24
(Geldstrasse). Extra-Angebote aus-
suar: Reit-, Schlaf-, Ess-, und
Baumstühle; Speisezimmer, einfache und
elegante; Kaffee- und Theetische; Sessel-
Stühle; Kissen; etc. etc. etc. etc.
Schriftliche Beschreibungen zu noch nie dagewesenen
Preisen; solange Vorrat. Eventuell
Teilszahlung, Lieferung auch außerhalb
Berlins. Wenn Sie auf das Warenhaus
Bedürfnis 24.

Küchenschrank besonderer Preise für
Wohlfühl oder Wirt. Warenhaus Oden-
straße 30, gegenüber Markthalle.

**Steffen, nette Arbeit
und der
Kleiderhaus,
große Auswahl,
keine Preise!
Beilagsweise:**

Schlafzimmer 45,-, Speisezimmer
517,-, Herrenzimmer 580,-, Spiegel-
schrank 118,-, Büttelkasten 88,-, Spiegel-
schrank 66,-, Kleiderkasten 48,-, Kleider-
kasten 25,-, Kleiderkasten 18,-,
Kleiderkasten 13,-, Sonstige Möbel
angenehmer Preise. Teilszahlung auf-
zahlung, Wochentage, Monatsraten,
Kaufabakt bis zehn Prozent, auch auf
Auszahlungen. Keine ohne Auszah-
lungen. Anträge bis zum 30. Sept. 1929.
Raus. Katalog gratis. Hauptgeschäft:
Berlin, Schloßstraße 107; 2. Geschäft:
Berlin, Hermannstraße 95, - Untergrund-
bahn; 4. Geschäft: Rottbuler Straße 23,
gegenüber Uhlenhorst.

Reine-Schlafzimmer
direkt ab eigener Spezialfabrik ohne
jeden Zwischenhandel. Große Auswahl,
Beste Qualitäten, Besten Preis.
Besuchen Sie uns, es lohnt sich!
Hans Heine, Möbelwerk, Haupt-
geschäft Berlin O. 34, Hardeystr. 18,
Kleidergeschäft, 11. Hof (kein Laden),
Verkaufszeit 8-19 Uhr.

Möbel-Kaufhaus, Rastanienallee 30.
Ruhbaum-Büfelfabrik, englische Bett-
federn, Matratzen, Kleiderkasten,
Büchertische, Sporttische, Ausstati-
erleichterung.

Reine-Schlafzimmer
direkt ab eigener Spezialfabrik ohne
jeden Zwischenhandel. Große Auswahl,
Beste Qualitäten, Besten Preis.
Besuchen Sie uns, es lohnt sich!
Hans Heine, Möbelwerk, Haupt-
geschäft Berlin O. 34, Hardeystr. 18,
Kleidergeschäft, 11. Hof (kein Laden),
Verkaufszeit 8-19 Uhr.

Möbel-Kaufhaus, Rastanienallee 30.
Ruhbaum-Büfelfabrik, englische Bett-
federn, Matratzen, Kleiderkasten,
Büchertische, Sporttische, Ausstati-
erleichterung.

Musikinstrumente

Violoncello, überaus preiswert, Piano-
fabrik Vlnf. Brunnenstraße 23.

**Vianos - Flügel, Klaviers, Orgel,
Rein, Württemberg, Steinmann, Schwedter,
Salomonspianos 75,-, 90,-, 125,-, ge-
brauchte, Abendroth, Potsdamerstr. 74.**

Fahrräder

**Gebrauchte Fahrräder 15,-, 20,-,
25,-, 30,-, 35,-, Radwagn, Weim-
erstraße 14.**

**Teilszahlung monatlich 10,-, Klein-
auswahl erstklassiger Markenfahrzeuge
überbillig! Schlaue, Weinmiller-
straße 107.**

Kaufgesuche

Bahnhofstr. 10, Weinmillerstraße, Ullstein,
Riet, Döllinger, Silbermann, Gold-
schmied, Christian, Rosenfeld,
Straße 30 (Kleiderhaus Ullsteinstraße).

Lebensfragen der deutschen Städte

Ein Vortrag des Genossen Dr. Lohmann.

Im Rundfunk sprach aus Anlaß des Deutschen Städte-tages der Pressechef der Stadt Berlin, Genosse Dr. Lohmann, über die „Lebensfragen der deutschen Städte“.

Er führte aus: Die Geschichte der deutschen Stadtverwaltung ist die Geschichte ihres Kampfes um Selbstbehauptung. Aber selten waren stärkere Kräfte am Werk, ihr das Recht am Leben zu rauben, als heute, wo die deutschen Städte in schwerem Ringen um ihre Existenz stehen. Einschränkungen der Wirtschaft erzwingen Einschränkung in der Arbeit der städtischen Verwaltung, beide im Verein vermehren die Zahl der Notleidenden, Unterstützungsbedürftigen und stellen damit die Stadt zwangsläufig vor größere Aufgaben, die wieder zu höheren Belastungen führen. Ein verhängnisvoller Kreislauf! Die Verschärftung der Probleme, die heute dem Reich, den Ländern, der deutschen Wirtschaft, der Weltwirtschaft gestellt sind, mit den Lebensfragen der deutschen Städte ist offenkundig. Man sollte sich deshalb hüten, von einer Krise der Selbstverwaltung zu sprechen! Man müßte sonst auch von einer Krise der Privatwirtschaft sprechen. Welcher Art die Augenblicks-folgen sind, erkennt man aus folgenden Zahlen:

In den Groß- und Mittelstädten ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen allein seit dem Januar dieses Jahres von 271 000 auf 373 000 emporgeschossen — eine Entwicklung, die auch der Vorsichtigeren und Weitblickendsten unmöglich sehen konnte.

Der Zuschußbedarf für Wohlfahrtszwecke war schon in allen deutschen Gemeinden zusammengenommen von 1914 bis 1925 von 287 auf 1084 Millionen, also annähernd um das Vierfache gestiegen. Berlin hat für das laufende Jahr 288 Millionen Mark an Steuern, fast zwei Drittel seines gesamten Steueraufkommens, allein für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen abgezweigt. Die steigende Belastung trifft die Städte in einem Zeitpunkt, in dem ihre steuerlichen Einnahmen infolge der immer ungünstiger werdenden Wirtschaftslage sinken — auch gegenüber vorsichtigen Schätzungen — ganz unerwartet vermindert. Es wäre an sich die vornehmste Pflicht der öffentlichen Hand, gerade in solchen Zeiten katastrophalen Wirtschaftsrückgangs durch Arbeitsaufträge ausgleichend zu wirken, die Schlüsselindustrien, insbesondere die Bauwirtschaft zu beleben, um das Heer der Arbeitslosen direkt und indirekt zu vermindern. Das entspricht auch dem wohlverstandenen Finanzinteresse der Städte selbst. Denn es ist auch finanziell weit eher zu rechtfertigen, das Doppelte oder Dreifache einer Summe für Werte schaffende Arbeit auszugeben, statt die einfache Summe unproduktiv für Wohlfahrtszwecke zu verwenden.

Aber hier schnürt die Finanznot den Städten die Hände. Zu wirklich produktiver Erwerbslosenfürsorge fehlt es an laufenden Mitteln.

Es ist auch nicht die geringste finanzielle Bewegungsfreiheit da.

Diese Beengtheit ist nicht etwa, wie man es so häufig hört, eine Eigentümlichkeit der Berliner Finanzwirtschaft, sondern ein ganz allgemeines Symptom der Haushaltswirtschaft der deutschen Städte. Wenn aber eine Biermilionenstadt in einem ganzen Etatsjahre keinen einzigen städtischen Neubau in Angriff nehmen kann, wenn sie für die Fertigstellung bereits begonnener Bauten ganze 46 Millionen, noch keine 4 Proz. ihrer Gesamtausgaben aufwendet, so bedeutet dies, daß sie nicht nur auf die Belegung des Arbeitsmarktes verzichtet muß, sondern sogar gezwungen ist, noch zu seiner Verknappung beizutragen. Diese Verhältnisse sind untragbar, wenn die Städte weiterhin als Selbstverwaltungskörper am Leben bleiben und ihre Aufgaben erfüllen sollen. Ein erster Anfang zum Wandel ist in der Ver-

ordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli dieses Jahres gemacht. Zum ersten Male wird hier die Verknüpfung der Not im Reich mit den Aufgaben der Städte dokumentiert, indem der zweite Abschnitt einer der Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände dienenden Reichsverordnung der „Erschließung“ von Einnahmen für die Gemeinden gewidmet ist. Von der endgültigen Lösung der sich um das Arbeitslosenproblem herumgruppierenden Fragen hängt auch die Lösung des Wohnungsbauproblems, die Beseitigung der Wohnungsnot in den deutschen Städten ab. Die Fortsetzung einer aktiven Wohnungspolitik, ja, darüber hinaus die Beschleunigung des Wohnungsbaues, gehört auch zu den Lebensfragen der deutschen Städte. Gerade die jetzige Zeit der Not, die den Städten die Aufwendung eigener Mittel für den Wohnungsbau so gut wie unmöglich macht, läßt die Benachteiligung der Großstädte besonders tief in die Erscheinung treten.

Ungelöst ist noch immer die Frage der Anleihebeschaffung für Wohnungsbaueinrichtungen. Sie muß im Rahmen der gesamten künftigen Anleihepolitik der deutschen Kommunen gelöst werden.

Diese Anleihepolitik, das Problem des kommunalen Kredits, ist das zweite Zentrum der Schwierigkeiten, von deren Überwindung Gedeih und Verderb der deutschen Städte in den nächsten Jahren abhängt. Zu den Pflichten der Städte gehören in erster Linie

die Verwaltung und Erhaltung der großen Verwaltungs- betriebe und der sonstigen verbundenen Unternehmungen, deren Aufbau und Ausbau gerade in der Nachkriegszeit die finanziellen Kräfte der großen Städte ganz ungewöhnlich beanspruchte. Es gehört heutzutage gewissermaßen zum guten Ton, von der Verschwendungslust der deutschen Städte in der Nachkriegszeit zu sprechen. Und dieser Vorwurf wird in erster Linie wegen des schnellen Ausbaus dieser Betriebe und Unternehmungen erhoben. Sämtliche Großstädte Deutschlands standen aber Jahr für Jahr vor der drohenden Frage, ob sie in nächster Zeit noch ihre Bevölkerung mit Licht und Wasser versorgen könnten. Wir verlangen mit Recht von der Gemeinde, die Trägerin solcher Monopolbetriebe ist, daß sie die soziale Verantwortung selbst über die wirtschaftliche Rentabilität stellt. Die Schwierigkeiten liegen aber nahezu ausschließlich auf dem Gebiet unzureichender Anteilsmöglichkeiten. Wieder sind einzu- weisen die deutschen Städte in der Lebensfrage des Ausbaus ihrer Werke auf sich allein gestellt — in einer Zeit, in der die Not sie zwingt, diese ihre Betriebe vielleicht noch stärker als bisher zur Erfüllung sozialer und kultureller Verpflichtungen der Gemeinden heranzuziehen. Und doch werden die deutschen Städte die schwereren Aufgaben, die ihnen der schwere, vor uns liegende Winter für den Rest ihres Etatsjahres stellt, lösen müssen — und werden sie lösen, wenn man auf allen Seiten die Lebenswichtigkeit dieser Frage erkennt.

Nicht um die Suche nach Krücken geht es, sondern um das lebendige Vertrauen zur Kraft des Gedankens der demokratischen Selbstverwaltung.

Noch immer gilt das Wort, das vor acht Jahrzehnten die öster- reichische Gemeindeordnung formte: Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.

Jetzt heißt es handeln.

Vorstoß der Sozialdemokraten auf dem Deutschen Städtetag.

Brd. Dresden, 26. September. (Eigenbericht.)

Nach der Rede des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe drohte die Diskussion auf der Jubiläumstagung des Deutschen Städtetages in Dresden im Sande zu verlaufen. Es blieb den beiden sozialdemokratischen Rednern, Oberbürgermeister Weims-Magdeburg und Stadterordnungsreferent Hah-Berlin vorbehalten, in kurzer, prägnanter Form die Forderungen des Tages auszusprechen. Es muß alles getan werden, um die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß einzuschalten, rief der Magdeburger Oberbürgermeister aus. Schnellstens muß den Gemeinden geholfen werden. Ein Zusammenbrechen der Finanzkraft der deutschen Städte würde die Existenz des Staates gefährden.

In der Reihe der folgenden Redner fehlte auch ein Nationalsozialist nicht.

Der nationalsozialistische Stadtrat Effer aus München verfehle den gesamten Kongress in Heilerkeit.

als er u. a. erklärte, die deutsche Außenpolitik könnte ganz andere Wege gehen, wenn die Reichsregierung nicht wie hypnotisiert nach Frankreich starre, sondern endlich erkennen würde, daß nur ein Dreieck England-Italien-Deutschland uns Rettung bringen könne. Im übrigen verlangte er für seine Freunde die möglichst sofortige Aufnahme in die Reichsregierung.

Kurz vor Schluß der Tagung sprach dann noch der sozialdemo- kratische Berliner Stadterordnungsreferent Hah. Ihm gehörte kurz vor dem Auseinandergehen das größte Interesse der gesamten Tagung. Die Sozialdemokratie, als die Vertreterin der großen

Massen der arbeitenden Bevölkerung, habe in Zusammenhang mit den freien Gewerkschaften die deutsche Sozialpolitik geschaffen und weiter entwickelt.

Die Sozialdemokratie allein sei auch die Hüterin der Arbeits- losenversicherung und sie betrachte es als ihre höchste Pflicht, das Arbeitslosenproblem einer Lösung näher zu bringen.

Die Städte seien stets das Stiefkind der Staatspolitik gewesen. Die Adroffnung des Auslandskredits für die Gemeinden müsse man als ein soziales Verbrechen betrachten. Neben Reich und Staat seien die Gemeinden die größten Auftraggeber der deutschen Wirtschaft gewesen. Die rigorose Bekämpfung der öffent- lichen Betriebe werde auch für die Wirtschaft noch schwere Folgen haben.

Man habe die Gemeinden bewußt in Not gebracht.

um dann die Verwaltungen diskreditieren zu können. Die Sozial- demokratie kämpfe mit allen Mitteln gegen einen Zusammenbruch der Städte, weil sonst ein Zusammenbruch des Staates unermid- lich wäre. Geredet sei nun genug worden. Die Sozialdemokratie fordere Aktivität und Taten für die ungeheure Zahl der Arbeits- losen. Die Forderung des Tages sei Verkürzung der Arbeitszeit und ein durchgreifender Preisabbau. (Ranganhaltender Beifall.)

Nach einem Schlußwort des Nürnberger Oberbürgermeisters und nach Annahme einer Resolution, die den Gedankengängen des von uns bereits wiedergegebenen Referats Dr. Luppes entsprach, schloß darauf der Dresdener Oberbürgermeister Blüher den Städtetag. Heute treten die Vertreter der preussischen Städte zu- sammen. Das Referat über den kommunalen Kredit hält unser Parteifreund, Bürgermeister Bräuer-Altona.

Walter A. Persich
1) **Vielleicht morgen...**

Unberecht. Nachdruck verboten. Gustav Kiepenhauer Verlag u. G., Berlin-Weißhof.

1.

„Bühnenstraße!“
Der Schaffner zog den Glockenriemen. Er blickte kaum auf und lachte seine Fahrkarte weiter. Breitbeinig und schwer kam die Frau aus dem Wagen nach dem Perron. Sie kletterte tapfer über die Stufen herunter und ging langsam über körnigen und teils von Autos vermatzten Schnee zum Bürgersteig.

Beinahe wäre sie gefallen. Wo die Radfahrer vorüber- gondelten, war es glatt. Es krampfte und bohrte von unten her in ihr, lange konnte die Sache nicht mehr dauern. Schwindel strich gegen die Schläfen. Sie zwang sich, einen Fleck Erde in den Pupillen zu halten und griff nach dem Laternenpfahl.

Wenn nur die Vorübergehenden nicht so dummt und mit- leidig herblühten! dachte sie böse. Eine Dame blieb neben einem Antiquitätenladen stehen. Annie schämte sich erbittert. Einmal legte sie den Fuß — nein, weiter ging es nicht. Die Bewegung stemmte ihr einen noch heftigeren Schmerz in die Hüfte. Die Dame kam jetzt näher. Blaue lange Stiefel lagen an ihren Beinen und der Pelz schloß mollig um ihre Glieder.

„Ist Ihnen nicht wohl?“
Das Gesicht der Arbeiterfrau hob sich hutlos der Fragen- den entgegen. Um die Wadenknochen grub der Schmerz starre Linien.

„Ach, es geht schon. Ich will nur in die Entbindungs- anstalt, wissen Sie. Ich muß hier umsteigen...“
„Aber, — liebe Frau, in dem Zustand und ohne Hilfe?“
Das Gesicht der Dame wurde sichtbar blaß. Sie hatte graue Augen, groß und durchsichtig.

Die ist gut, bemerkte Annie, und das war schon fast, wie keine Schmerzen mehr haben.

„Weshalb mein Mann nicht mitgehen kann?“ fragte die Schwangere aus ihren Gedanken zurück. „Wir sind froh, daß er jetzt Arbeit hat. Sieben Mark pro Tag sind Geld, das wir brauchen können. Da ist meine Bahn.“

Die Dame ging mit ihr zum Trittbrett, der weiche Pelz- ärmel war freundlich durch den Stoff des Mantels zu fühlen. Auch der Schaffner half ihr hinauf. Jetzt fühlte Annie ein Geldstück in der Hand. Die Bahn zog schon an, sie mußte zu einer Stange greifen...

Raucherduft lag vor ihr, sie spürte Uebelkeit, schwante zwischen den Knien der Leute weiter nach vorn, bis sich ein junger Mann erhob. Wegblickend stammelte er:

„Bitte, setzen Sie sich, ich steige gleich aus...“
Danken konnte Annie nicht mehr. Der Schaffner hatte die Dame im Pelz nicht vergessen, vielleicht war er auch ein ver- ständiger Mann; er brachte Annie bis ans Trottoir, dann erst rief er scharf: „Fertig!“

Breit, autoritär, lag die Straße hinter ihr — seitlich dehnten sich die Gebäude des Krankenhauses, gute hundert Schritt entfernt.

Komme ich hin? überlegte sie. Oder werden die Schmerzen zu stark?

Nein, es war nicht so schlimm, bald stand sie im Torweg; der Mann mit der Mütze nickte, als er sie sah und rief ihr, die wie eine Nachtwandlerin durch das Tor ging, zu:

„Aufnahme? Dritte Tür, zweiten Gang, gleich rechts!“

Karbolgeruch, Zentralheizung, sachliche Sauberkeit. Eine Tür klappete, wieder war es mädchenstill.

Dritte Tür — zweiter Gang — nein, sie konnte nicht fehlgehen, der Partier hatte es genau beschrieben. Wenn nur nicht das Stoßen und Bohren im Leib so wühlen würde — das stieß mit Füßen in ihr, schien mit runden Fäusten zu schlagen. Sie mußte sich an einen Türpfosten lehnen. Rote und blaue Kreise schossen hoch, breiteten sich aus, verkleinerten sich, und alles blieb dennoch hinter diesem verwirrenden Auf und Ab von Farbe und Bewegung deutlich, als könne sie mit zwei Augenpaaren wahrnehmen. Die Hand griff zur Nase, um den Dunst wegzudrosseln — im gleichen Augenblick schrie sie unter der ersten großen Wehe. Ins Unendliche quoll der Leib, sie glaubte, nicht mehr darüber hinwegsehen zu können und verlor in reißende Schmerzen — einmal gelte die Stimme durch klösterliche Korridore und zerschnitt das Licht des Winters.

Etwas in Weiß und Blau kam aus einer hohen Tür,

pakte zu und schleppte das Gewicht der Qualen vorwärts —, eine kleine Krankenschwester, wie Annie feststellte. Mit ener- gischen Bewegungen, hartem Mund und Augen, reglos ge- worden im Anblick menschlicher Not — die Oberschwester aus der Sterbekammer, wie sie später erfuhr, als andere Böhne- rinnen über den geheimnisvollen Ruf der Kleinen sprachen: Fünfzehn Jahre Dienst, Tag für Tag Zu- und Abgänge mit Kurven und Bemerkungen ins Krankenjournal eintragen, junge, nervenschwache Schwestern während der schwierigen Woche, die jede nach einem halben Jahr bei Kranken be- kommt — zur Assistenz — das war ihr Amt, ihr Leben, der Tod aller Sehnsüchte, die Räte des Herzens, ohne die man Sterbenden nicht helfen kann.

„Ein Was ist das“, sagte das ganze Krankenhaus. Keine Patientin mochte sie, obgleich niemand so pünktlich zu seinem Recht kam, wie die Maroden ihrer Station.

„Nehmen Sie sich zusammen“, sagte sie leise zu der Wimmernden, „hier liegen Schwerkranken. Sie machen einen Lärm, als gehöre Ihnen das Haus. In zwei Stunden ist alles vorbei, denken Sie daran, Frau. Wenn alle so zimperlich sein wollten!“

Der harte Ton half merkwürdigerweise, Annie spürte den Willen und die Erfahrung eines Menschen neben sich, dessen lautlose Kraft übertrug sich auf sie. So betrat sie einen über- warmen Raum mit zwölf, teils leeren, teils belegten Betten, aus deren Kissen Frauengesichter leuchteten. Name, Alter, Wohnung, Allgemeine Krankentafel, ja wohl —, all diese Fragen mußten beantwortet werden. Also gut, hier ins Nebenzimmer, Wäsche und Kleider ablegen und dann ins Bad...

Zum ersten Male sah Annie ihre jetzige Gestalt nackt und häßlich. Scheußlich, sich neben dem geschäftigen Hin und Her zweier Schwestern auszukleiden! Eine machte Notizen über das Bündel zusammengeschnürter Kleider, es kam ein Zettel daran. Man würde es aufbewahren, im Keller, das wußte sie. Eine Hilfschwester ließ dampfendes Wasser in die Kachel- wanne laufen und warf ein Thermometer hinein — alles war nicht so gefährlich, wie es im ersten Augenblick schien. Nie- mand maß ihrem Dasein, ihrem Aussehen, ihren Schmerzen Bedeutung bei, und selbst, als sich ihr Gesicht unter plötzlichen Stichen im Leib verzog, richtete niemand eine Frage an sie. Die Oberschwester befühlte ihren Zustand:

„Wie lange?“
„Ja — ich glaube — neun Monate und eine Woche, oder so.“
(Fortsetzung folgt.)

Der ewige Pechvogel.

Wegen Totschlag zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Landgericht II verurteilte den wegen Mordes angeklagten 28jährigen Arbeiter Robert P., der am 14. Dezember v. J. seinen dreijährigen Knaben durch einen Kopfschuß tötete und sich selbst eine Kugel in die Brust jagte, wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis.

Der Staatsanwalt hatte die Anklage wegen Mordes fallen gelassen. Auch er konnte sich nicht den Ausführungen des Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, verschließen. Das Bild, das dieser von der Persönlichkeit des 28jährigen Knaben entwarf, war erschütternd. Als Knabe wurde er nicht allein vom Vater in der grausamsten Weise mißhandelt, sondern auch von seinen jüngeren Geschwistern hin- und hergestoßen. Er ist ein ewiger Pechvogel. Und wie er als Knabe in den Feldern herumstreifte und träumte, so blieb er bis zuletzt wirkungslos. „Bergangeneheit, Weiden und meine Träume“ betitelt er die Schilderung seines trotz aller äußerer Unbeholfenheit ergreifenden Lebenslaufs, die er seinem Verteidiger Dr. S. Fehlowitz übergeben hatte. „Schon während meiner Schulzeit konnte ich weder Elternhaus noch Erziehung“, heißt es da. Und zum Schluß: „An mir reifte der Gedanke, Selbstmord oder Rangsdorf zu verlassen.“ Als er zum erstenmal der Wirklichkeit gegenüber stand, zerbrach er an ihr. Er kam nach Rangsdorf, um die Mutter seines unehelichen Kindes zu heiraten. Und da geschah etwas vollkommen Unbegreifliches. Der Vormund seines Knaben pfändete seinen Lohn, obgleich er mit der Mutter seines Kindes zusammenlebte und für das Kind sorgte: die 1000 M., die während der drei Jahre als Alimentenpfeiler aufgelaufen waren, sollten eingetriben werden. Da verlor er den Kopf. Er fand keine Ruhe, sah keinen Ausweg, glaubte sich von feindlichen Menschen umgeben, und mochte seiner Braut den Vorschlag, mit ihm und dem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Er schwankte zwischen der Absicht, Rangsdorf zu verlassen und irgendwo Arbeit zu suchen, oder sich und dem Jungen das Leben zu nehmen. Noch im letzten Augenblick wachte er nicht, was er tun würde. Sein Zustand, sagte der Sachverständige, war der einer dauernden seelischen Depression. Wie er zur Tat gekommen, weiß er heute nicht mehr.

Vielleicht hätte für diesen Menschen eine geringere Strafe genügt.

Drei Zusammenstöße im Frenzel-Prozess

Die Prozeßführung des Vorsitzenden der Anklage.

In der Freitagssitzung des Frenzel-Prozesses, die infolge des Gerichtsbeschlusses der Strafkammer des Potsdamer Landgerichts hinter verschlossenen Türen stattfand, kam es, wie wir hören, zu einer Reihe von schweren Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, und den beiden Verteidigern des Angeklagten, den Rechtsanwältinnen Dr. Arthur Brand und Dr. Blumenheim, die in mehreren Fällen Anlaß nahmen, an der Prozeßführung des Vorsitzenden Kritik zu üben.

Der erste Zwischenfall ereignete sich bald nach Eröffnung der Sitzung und wurde durch die Mahnung des Vorsitzenden an den Angeklagten Frenzel hervorgerufen, er solle sich in seinen Ausführungen maßigen, denn er sei auch schon vor dem Schöffengericht in der ersten Instanz mehrfach ausfällig und heftig geworden. Die Verteidigung protestierte gegen diese Bemerkung mit dem Hinweis, daß der Vorsitzende ja gar nicht an der ersten Verhandlung teilgenommen habe. Die Verteidiger betonten, daß Frenzel wohl in der ersten Instanz einige Male heftig zusammengebrochen sei, sich aber niemals ungebührlich benommen habe. Frenzel erklärte selbst, durch Schlägen unterbrochen, daß seine Verteidigung niemals die Grenzen des Wahnsinns überschritten habe.

Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich, als Landgerichtsdirektor Hellwig vor der eigentlichen Vernehmung des Angeklagten Frenzel seinen Verhandlungsplan mitteilte, der dahin ging, den Verhandlungsstoff in einzelne Abschnitte zu zergliedern und zu diesen Abschnitten jeweils die Äußerungen des Angeklagten, aber auch der Zeugen zu hören. Gegen diese Absicht legte die Verteidigung Verwahrung ein und betonte, daß nach der Strafprozeßordnung der Angeklagte das Recht habe, sich im Zusammenhang zu äußern, und daß auch die Zeugen in dieser Art vernommen werden müßten, wenn man nicht die Verteidigungsmöglichkeit des Angeklagten von vornherein beschränken wolle. Landgerichtsdirektor Hellwig erklärte jedoch, daß er an seinem Plan unter allen Umständen festhalten werde. Frenzel wurde dann zur Person und zum Teil auch schon zur Sache gehört, und die bereits vorgeladenen Zeugen wieder auf Dienstag bestellt.

Ein dritter Zusammenstoß zwischen Dr. Hellwig und der Verteidigung ereignete sich, als Dr. Brandt sich gegen den Inhalt eines Briefes wandte, den Frau Pfarrer Schent an das Gericht geschrieben habe. Dr. Hellwig unterbrach diese Ausführungen mit dem Bemerkten, daß es doch keinen Zweck habe, darüber zu reden, weil ja die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei und die Presse nicht darüber berichten könne.

Aus alledem scheint klar und deutlich hervorzugehen, daß der absolute Ausschluß der Öffentlichkeit und besonders der Presse, ein Mißgriff war und die Öffentlichkeit unnötig erregt. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vormittag vertagt, wo die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt wird.

In Lichtenberg kein Seuchenherd.

„Rote Fahne“ verheißt die Elternschaft.

Der „Roten Fahne“ scheint es besondere Genugtuung zu bereiten, wenn sie die Bevölkerung Lichtenbergs, besonders einen Teil der Elternschaft, in höchste Unruhe hineinzuziehen kann dadurch, daß sie der angeblichen Zuschrift eines Lichtenberger Arbeiters Raum gibt, in der dieser Mann die 38. weiße Schule in Lichtenberg schlammig als einen „ungeheuren Seuchenherd“ bezeichnet. Was ist an dieser Behauptung wahr?

Am 7. September d. J. verstarb ein Kind der Klasse 7a dieser Schule an Diphtherie. Am 13. September erkrankte erneut ein Kind und der Kreisarzt, dem die gesundheitspolizeiliche Beaufichtigung der Schule unterliegt, ordnete die Schließung der Klasse bis zum 24. September an. Am 15. September wurde eine Untersuchung aller Kinder auf Bazillenträger vorgenommen. Nur bei drei Kindern wurden Bazillen festgestellt. Diese drei wurden alsbald ausgesondert und die Schule wird einer gründlichen Desinfektion unterzogen werden. Es lag für die Gesundheitspolizei nicht der geringste Anlaß vor, die gefestigte, Mittwoch, abgelaufene Sperre zu verlängern, und somit brauchen sich die Lichtenberger Eltern keinerlei Sorge um das Wohl ihrer Kleinen zu machen.

Im September 1928 wurden an sämtlichen Berliner Schulen noch 610 Diphtherieerkrankungsfälle gezählt. Im September 1929 waren es nur 517 Fälle, während man für

Sechs Jahre Zuchthaus für Höhler.

Das Urteil im Wessel-Prozess.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde gestern nachmittag um 3 Uhr das Urteil im Wessel-Prozess verkündet. Es besagt:

Wegen gemeinschaftlichen Totschlags und unbefugten Waffensbesitzes werden verurteilt die Angeklagten Höhler und Rädert zu je 6 Jahren und 1 Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; wegen gemeinschaftlichen Totschlags und Diebstahls der Angeklagte Randulski zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, wegen Beihilfe Rag Jambrowski zu 2 Jahren Gefängnis, Frau Salm, Walter und Willi Jambrowski zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Jonek und Elise Cohn zu je 1 Jahr Gefängnis. Wegen Begünstigung erhalten die Angeklagten Kasperstein, Sander, Will und Drenowki je 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Hermann, Käthe und Luise Schmidt sowie Gudowski werden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Toll, heißt es: Alle Angeklagten hatten den Vorsatz, dem verhassten politischen Gegner eins auszuwichen. Sie wollten gewaltsam gegen Wessel vorgehen, ihm eine „proletarische Abreibung“ verabreichen, die Angeklagten rechneten damit, daß Wessel als Leiche zurückbleibt. Nach den eigenen Angaben der Angeklagten lag eigentlich Raub mit Waffengewalt und Todeserfolg vor, denn sie haben erklärt, daß es ihnen in erster Linie darauf ankam, Wessel die Waffen und Listen abzunehmen.

Für dieses Delikt kennt das Gesetz als Mindeststrafe nur 10 Jahre Zuchthaus oder lebenslängliches Zuchthaus.

Sämtliche Angeklagten hätten also zu dieser schweren Strafe verurteilt werden müssen. Das Schwurgericht ist aber zurückgeschreckt, diese hohen Strafen auszusprechen und hat zugunsten der Angeklagten angenommen, daß ihre Verteidigung ungründlich gewesen ist.

Dieses Urteil ist immerhin noch milder ausgefallen als der Antrag des Staatsanwalts. Das Gericht hat dem Empfinden der überwältigenden Mehrheit des Volkes Ausdruck gegeben, daß es

nicht angeht, politische Gegner bei Nacht und Nebel in ihrer Wohnung zu überfallen und sie niederzuknallen. Außerdem aber mögen sich die Verurteilten mit ihrer Verteidigung auseinandersetzen, der es mehr auf eine Reinschönung der kommunistischen Partei als auf einen Schutz der Angeklagten ankam. Denn zu der folgenreicheren Auslage über den Begriff der „proletarischen Abreibung“ hat erst einer der Herren Verteidiger den Angeklagten Rag Jambrowski provoziert.

Ein ungetreuer Justizbeamter.

Ein Jahr Gefängnis wegen Amtsunterschlagung.

Wegen Amtsunterschlagung hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Vollziehungsbeamte R. beim Amtsgericht Berlin-Mitte zu verantworten.

R. war seit 1913 bei der Justizbehörde beschäftigt und zuletzt Gerichtskassenvollzieher. Er hatte sich in früheren Jahren sehr gut geführt. Im Jahre 1928 fiel sein verändertes Wesen auf und eine Prüfung seiner Bücher und Listen förderte eine Reihe von Unregelmäßigkeiten zutage. R. hatte mehrfach vermehrt, daß die Pfändungen fruchtlos ausgefallen waren oder daß die betreffende Persönlichkeit nicht zu ermitteln sei. In Wirklichkeit aber hatte er die Beträge erhalten. Der Justizfiskus war um 2400 M. geschädigt worden, ein Betrag, den der Angeklagte alsdann vollkommen erzielte. Er hat auch bis jetzt seinen Dienst ausgeübt. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß er mit seinen Kerven zusammengebrochen gewesen sei und daß die Unregelmäßigkeiten nur auf Nachlässigkeit zurückzuführen seien. Er habe auch Beträge als bezahlt eingeliefert, obwohl er sie nicht erhalten habe. R. war in der Irrenanstalt beobachtet worden. Die Gutachten bezeichneten ihn zwar als geistig minderwertig, jedoch finde § 51 bei ihm keine Anwendung.

Das Schöffengericht verurteilte R. wegen Amtsunterschlagung zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte erhielt für sechs Monate der Strafe Bewährungsfrist.

Allgemeine Funktionärkonferenz

am Dienstag, dem 30. September, 19 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 110

Tagesordnung: Vortrag:

Reichstagswahl und Sozialdemokratie

Referent: Siegfried Aufhäuser, M. d. R. Aussprache.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte für das Jahr 1930 mit gleichlautendem Parteiliedbuch. Der Bezirksvorstand.

September d. J. mit höchstens 500 Fällen rechnet, die noch amtsärztliche Besichtigung ganz allgemein leichter verlaufen sind als in den Vorjahren. Während im Jahre 1929 im ganzen 46 Todesfälle an Diphtherie bei Schulkindern zu verzeichnen sind, ist prozentual in diesem Jahre diese Zahl bisher bei weitem noch nicht erreicht. Wenn demnach die „Rote Fahne“ die Zuschrift eines offenbar sehr erregten Mannes in geradezu leichtfertiger Weise abdruckt, und dadurch die an sich schon aufgeregte Bevölkerung noch mehr erregt, dann tut sie das Gegenteil von dem, was sie ständig zu tun behauptet: Dem Volke helfend zur Seite zu stehen.

Pestepidemie in Nordchina.

Ganze Dörfer ausgerottet. — Panik der Bevölkerung.

London, 26. September.

Times berichtet aus Peking: Nordchina steht vor der Gefahr einer ernstesten Pestepidemie, wenn nicht die chinesischen Behörden energische Maßnahmen ergreifen, um die Epidemie zu lokalisieren, die sich Berichten aus Missionarstaaten zufolge jetzt rasch über ganz Nord-Schenji ausdehnt. Die Pest, die als Lungenpest sowie auch als Beulenpest auftritt, hat ganze Dörfer ausgerottet. Die von Panik ergriffenen Einwohner fliehen aus der heimgesuchten Gegend und lassen die Toten unbestattet. Die Gefahr wird erhöht durch den Umstand, daß es nicht ein einziges modernes Hospital in Nord-Schenji gibt und kaum einen Arzt mit moderner Ausbildung.

Tribüneneinsturz bei Barcelona.

Dreißig Verletzte.

Madrid, 26. September.

Bei einem Stierkampf in einem Dorf in der Nähe von Barcelona stürzte eine provisorische Tribüne zusammen. 30 Personen wurden verletzt.

Funkwinkel.

Ein Vortrag, bei dem der Name des Vortragenden — Prof. Dr. Alfred Adler — hoffentlich recht viele Hörer lockte, trug leider den gefährlich gelehrig klingenden Titel „Ueber den Berliner Kongress für Individualpsychologie“. Prof. Adler gab eine durchaus allgemeinverständliche, für alle Eltern und Erzieher wichtige Erläuterung von Erziehungsmomenten, die für den Jugendlichen und seine Entfaltung von Bedeutung sind. — In der „Jugendstunde“ wurde das Thema „Eiszeit und Eiszeitkünstler“, das bei anschaulicher Darstellung jugendliche verschiedensten Alters und verschiedenster Bildungsfreie hätte festeln können, leider so lehrhaft abgehandelt, daß wohl höchstens einige für diesen Stoff besonders interessierte oder besonders ehrgeizige Schüler dem Vortrag gefolgt sein dürften. — Ueber den Vortrag, den der Presschef der Stadt Berlin, Dr. Vohmann, im Rahmen der aktuellen Stunde hielt, ebenso über die Ausführungen, die vor dem Mikrophon des Deutschlandsenders Prof. Anna Siemsen über das „Berechtigungswesen“ machte, wird besonders berichtet werden. — Anregende und wirklich praktische Ratsschlüsse für Obst- und Gemüsejahr erhielten die Hörerinnen des Deutschlandsenders in der nachmittäglichen Hausfrauenstunde. Les.

Nordaufklärung nach 200 Jahren.

Französische Arbeiter stießen beim Bau einer Alpenstraße an der schweizerischen Grenze in 1300 Meter Höhe auf ein weißliches Gestein, das nach den neben ihm liegenden Schweizer Gold- und Silberminen aus den Jahren 1710 bis 1720 stammen muß. Es handelt sich anscheinend um einen Mord, da man zwischen den Rippentochen des Gesteins einen gänzlich verrosteten Dolch entdeckte.

Zum V. Musikabend der weltlichen Schulen, Danziger Str. 23, sang der Elternchor der Schulen in der Aula der Heinrich-Schliemann-Schule. Unter der ausgezeichneten Leitung seines Chorleiters Herrn R. Weirauch brachte der Chor alte Volkslieder und Madrigale wirkungsvoll zu Gehör. Mit einer Serenade für Streichquartett stellt sich ein junges Talent, Herr Will Hensel, dem zahlreich anwesenden Publikum vor. Der Vortrag des Konzertes wird für Schulzwecke verwendet. Dem aufstrebenden Chor, der dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angeschlossen ist, wäre ein Zuwachs an Mitgliedern zu gönnen.

Zweiter billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 27. d. M., dem letzten Sonnabend im Monat, kostet von 2 Uhr nachmittags ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder nur 25 Pf. Dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Allgemeine Wetterlage.



Am Freitag kam es in Deutschland im ganzen nur zu geringen Niederschlägen. Allein in Schlesien waren die gefallenen Regenmengen erheblicher. Die Temperaturen blieben dabei meist unter 17 Grad Celsius. — Das Tief über der Nordsee verflacht sich jetzt mehr und mehr, wobei es sich langsam nach Süden bewegt. Gleichzeitig geht kräftiger Druckanstieg über Skandinavien vor sich. Durch diese Vorgänge wird in unserem Bezirk eine allmähliche Verstärkung der östlichen Winde eintreten. Damit brauchen wir für die nächsten beiden Tage keine erheblichen Niederschläge zu befürchten.

Wetterausichten für Berlin: Meist wolfig ohne wesentliche Niederschläge, morgens vielfach neblig. Temperaturen wenig verändert, östliche Winde. — Für Deutschland: Ueberall wolfiges Wetter ohne erhebliche Niederschläge, besonders im Osten nördliche Nebelbildung, Temperaturen nirgends wesentlich verändert.

Der Kreis schließt sich.

Lohnabbau-Konflikte bei den Bauhülffern, Bauanschlägern und bei Bolle.

Die Berliner Gewerkschaften werden jetzt mit Lohnabbauforderungen förmlich überschüttet. Fast in allen Branchen und Industrien, wo die Möglichkeit der Tarifkündigung zum 1. Oktober bestand, haben die Unternehmer von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht. Zu den Lohnkonflikten in der Berliner Metallindustrie, im Schwerebergbau und in der Spedition kommen jetzt Konflikte in den Bauhülffereien, bei den Bauanschlägern und in der Meierei Bolle hinzu.

Bauhülffern sollen 40 Proz. Lohn „notopfern“.

Die Bauhülffern hatten am 25. August in einer Branchenversammlung, nachdem die Funktionäre die Organisationsleitung mit der Kündigung des Lohnvertrages beauftragt hatten, die Aufstellung einer Forderung auf 10 Pf. Lohnzulage je Stunde beschlossen. Ehe jedoch diese Kündigung vom Metallarbeiterverband ausgesprochen wurde, kam der Schutzverband Berliner Schlossereien, der von dem Beschluß der Funktionäre offenbar Wind bekommen hatte, und sprach von sich aus die Tarifkündigung aus, ohne jedoch gleichzeitig seine Forderungen bekanntzugeben.

Einen Tag vor den Verhandlungen, am 24. September, rückten die Unternehmer mit ihren Forderungen heraus. Man muß es diesen meist kleinen Kräuern lassen, sie wollen den Gewaltigen im BBR nicht nachstehen. Sie verlangen nicht weniger als die

Angleichung der Bauhülffernlöhne an die Löhne in der Berliner Metallindustrie.

Das heißt, daß vom 1. Oktober ab ein Kolonnenführer einen Stundenlohn von 96 Pf. bekommen soll, also rund 40 Proz. weniger als bisher. In den anderen Gruppen sollen die Löhne in dem gleichen Verhältnis gekürzt werden.

Mit diesen Wünschen ist aber die Begehrlichkeit der Unternehmer noch nicht erschöpft. In demselben Umfang wie die Löhne sollen auch die Zuschläge für Stadtmontagen abgebaut werden. Die Tariflöhne sollen nicht mehr als Mindestlöhne gelten. Die Zwangsbestimmung des Tarifvertrages, wonach bei Lohnherabsetzungen die übertariflichen Zulagen nicht angedreht und auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen, soll ebenfalls verschwinden.

Die Arbeiter der Möbelschloßbranche sollen vom dem Tarifvertrag der Bauhülffereien nicht mehr erfasst werden, also tariflich gar nicht mehr geschützt sein. Für die Arbeiter in den Betrieben, wo gelochte Bleche hergestellt werden, soll ein Sonderlohn mit niedrigeren Löhnen als den bisherigen abgeschlossen werden. Schließlich verlangen die Unternehmer nach Verschlechterungen in der Eingruppierung der Arbeiter in die einzelnen Lohnstufen.

Die Bauhülffern hatten den abbaufähigsten Kräuern eine Gegenrechnung aufgemacht. Neben der Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. forderten sie die Gleichstellung der weiblichen Jugendlichen mit den männlichen Jugendlichen in der Bezahlung und die Einstufung der Gefährtentransportiere wegen ihrer schweren Arbeit in eine höhere Lohngruppe. Die Verschlechterungsanträge der Unternehmer wurden selbstverständlich abgelehnt. Da in den Verhandlungen die Unternehmer das einzige „Entgegenkommen“ zeigten, anstatt um 35 bis 40 Proz. die Löhne und Aufträge abzubauen,

„nur“ noch 20 Proz. Abbau

zu verlangen, fielen die Verhandlungen auf.

Am 29. September wird eine Branchenversammlung der Bauhülffern darüber beraten, welche Schritte zur Abwehr dieses provozierenden Unternehmervorstosches unternommen werden sollen. Die rund 4000 Berliner Bauhülffern, die fast restlos im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert und eine kampferprobte

Branchen sind, werden sich nicht einen Pfennig ihrer schwer erungenen Löhne kampflös nehmen lassen. Nach dem Schutzverband Berliner Schlossereien den ernsthaften Versuch, seine Lohnabbaupläne etwa durch ein Diktat durchsetzen zu wollen, so bedeutet das den Kampf im gesamten Berliner Bauhülffergewerbe.

Das nächste Ziel die Bauanschlägerlöhne.

Ebenfalls vom Schutzverband Berliner Schlossereien ist dem Metallarbeiterverband der Lohn- und Altersarbeitsvertrag der Bauanschläger gekündigt worden. Die Tarifkündigung ist zwar ohne Angabe von Gründen erfolgt; doch nach dem Vorgehen des Schutzverbandes gegen die Bauhülffern ist nicht anzunehmen, daß er in dieser Gruppe von sich aus eine Erhöhung der Löhne und Aufschlagspreise vornehmen will. Die Forderungen, die von den Unternehmern an die Bauanschläger gestellt werden, dürften sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die man den Bauhülffern offeriert hat.

Anscheinend spekulieren die Unternehmer in dieser Branche auf den Streikbrecherverein der Berliner Bauanschläger, der kürzlich in die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ aufgenommen worden ist und dessen Mitglieder von den kommunistischen Gewerkschaftsstrategen als ganz besonders zuverlässige „Klassenkämpfer“ gelobt wurden. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Bauanschläger fürchten aber diesen „revolutionären“ Statut nicht. Sie sind organisatorisch stark genug, um auch ohne die Unterstützung solcher „Revolutionäre“ ihre Unternehmer gegenüber in die Schranken weisen zu können. Kampflös lassen sie sich nicht eine ihrer Errungenschaften rauben.

Bimmel-Bolle ist schon bescheidener.

Er fordert „nur“ 10 Prozent Lohnabbau.

Die Meierei Bolle will natürlich in dem Reigen der Scharmacher nicht fehlen. Die Funktionäre dieses Betriebes hatten von der Kündigung des Lohnvertrages zum 1. Oktober Abstand genommen in der Erwartung, daß auch die Firma Bolle keinen Konflikt herausbeschwören wird. Im Falle der Nichtkündigung wäre das Lohnabkommen automatisch bis zum 1. April 1931 weitergelaufen.

Die Meierei Bolle hat aber offenbar nur auf den Zeitpunkt gewartet, wo sie zum Schlag gegen ihre Arbeiter ausholen kann und hat von sich aus die Kündigung des Lohnvertrages zum 1. Oktober ausgesprochen. Sie fordert für die Arbeiter der Lohngruppen II, III und IV einen

Abbau der Tariflöhne um 10 Proz.

Die Lohngruppe II umfaßt die Lourentischer und -chauffeur, die bei täglich 13- bis 14stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 50,50 M. haben. In der Lohngruppe III sind die ungelerneten Arbeiter mit einem je nach der Beschäftigungsart verschiedenen Wochenlohn von 47 bis 50,50 M. Die Lohngruppe IV erfaßt die Frauen, die einen Wochenlohn von 31,50 bis 35,50 M. haben. Das sind also wirklich keine Blanglöcher, die eine Kürzung vertragen könnten, wie vielleicht die Gehälter der leitenden Direktoren der Meierei Bolle. Der Plan, diese Löhne abzubauen, wird auf den schärfsten Widerstand der Bolle-Belegschaft stoßen, die ebenfalls sehr gut organisiert ist.

Wird die Meierei Bolle ihre Absicht verwirklichen, ganz gleich, auf welchem Wege, dann ist mit dem offenen Konflikt in diesem für die Milchbelieferung der Stadt Berlin sehr wichtigen Betrieb zu rechnen. Die Gewerkschaften treffen bereits alle Vorbereitungen zum Streik, den sie mit allen Mitteln unterstützen werden, gleichviel, wie lange er anhalten sollte.

Deckung der Rentenlasten, der Kosten der Gesundheitsfürsorge und der sonstigen laufenden Verpflichtungen aus.

Sollen die derzeitigen gesetzlichen Leistungen der Invalidenversicherung und ihre segensreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge aufrecht erhalten bleiben, so ist die baldige Durchführung von neuen Einnahmemitteln unbedingt geboten.

Eine weitere Entschärfung wendet sich gegen die Belastung der Träger der Invalidenversicherung mit der durch Notverordnung verfügbaren Reichspostvergütung für Rentenauszahlungen und Verkauf der Invalidenmarken. Der Verbandstog beantragt die alsbaldige Wiederaufhebung dieser Notverordnung.

Profitwirtschaft und Arbeitslosigkeit.

Der internationale Transportarbeiterkongress zur Weltreise.

London, 26. September. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag früh begonnenen Ausschüßberatungen des Internationalen Transportarbeiterkongresses dauern fort. Alle Sektionen befaßten sich mit der Besprechung der Anträge, die nicht nur die wirtschaftliche und soziale Lage der dem Verband angeschlossenen Berufsgruppen behandeln. Auch die technischen Probleme des Verkehrs und dessen internationale Ausgestaltung werden ausführlich in den Kommissionen erörtert. Der Donnerstagsvormittag ver sammelte sämtliche Delegierte zu einer Plenarsitzung, die mit einem Vortrag von Professor Dale-Oxford über: „Die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft“ ausgefüllt war. Der bekannte englische Nationalökonom kam in seinem ausgezeichneten Referat zu folgendem Schluß:

„Wenn die Welt keinen Ausweg aus dem Gegenstand zwischen Ueberproduktion und Unterkonsumtion findet, sind die Aussichten für die letzten Jahrzehnte recht düster. Es ist kaum zu denken, daß der Ferne Osten seine ganze Energie auf die Verbesserung seiner produktiven Leistungsfähigkeit beschränken wird. Da aber auch nicht daran zu denken ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Zollschranken niederreißen und bereitwillig Fabrikate als Bezahlung der europäischen Schulden übernehmen, werde kaum eine Besserung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abzusehen sein.“

Das kapitalistische System in seiner letzten Entwicklungsphase erzeuge eine neue Art der Arbeitslosigkeit, deren gesellschaftliche Auswirkung wahrscheinlich noch weit verhängnisvoller sein werde, wenn nicht der gesunde Menschenverstand der Völker eine Radikalkur erzwingt. Eine Erleichterung der Zustände sei nur zu erzielen, wenn die Preise beträchtlich gesenkt und die Löhne der Arbeiterschaft aller Länder gesteigert würden, damit der Konsum gehoben werde. Das kapitalistische System, so schloß Dale, führt unter modernen Verhältnissen in zunehmendem Umfang zur Beschäftigungslosigkeit. Es gibt letzten Endes kein anderes Mittel, um dieser Tendenz entgegenzuwirken, als die Durchführung eines beträchtlichen Maßes von demokratischem Sozialismus.

In der Debatte sprach Schumann-Berlin, der bei dieser Gelegenheit erklärte, das deutsche Wahlergebnis sei die Folge der wirtschaftlichen Verzweiflung großer deutscher Volksmassen. Die deutschen Gewerkschaften seien jedoch stark genug, der fascistischen Gefahr zu begegnen. „Ich bin überzeugt“, schloß Schumann unter dem stürmischen Beifall des Kongresses, „es wird den deutschen Faschisten nicht gelingen, die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung zu zerstören.“

Wilder Streik im Danziger Hafen.

Der am Sonnabend von der Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch für die Danziger Hafenarbeiter ist am Mittwoch von den Arbeitern angenommen worden. Ingesamt beteiligten sich an der Abstimmung 1407 Hafenarbeiter, von denen 501 für die Annahme des Schiedsspruches, 906 für Ablehnung, also für Streik stimmten. Da eine Dreierleitenebene erforderlich ist, um einen Schiedsspruch abzulehnen, gilt der Schiedsspruch als angenommen. Nachdem die Unternehmer bereits am Dienstag die Annahme des Schiedsspruches erklärt haben, tritt der neue Tarif am 1. Oktober in Kraft.

Die Kommunisten versuchten trotzdem Donnerstag früh, die Hafenarbeiter zum Streik zu treiben, was ihnen dann auch in verschiedenen Fällen gelungen ist, so im Kaiserhafen auf dem Holm und am Weichseleufer-Bahnbof. Im Freiberg und in den übrigen Teilen des Hafens ist die Arbeit voll im Gange.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die dänische Regierung hat einen Staatszuschuß in Höhe von 20 Millionen Kronen zur Verbesserung des Straßennetzes zur Verfügung gestellt. Die geplanten Arbeiten haben insgesamt einen Wert von 40 Millionen Kronen und sollen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen.

Arbeitsamt Berlin-Rothf. Betriebsversammlung am 30. September. Pünktlich 16½ Uhr im Lokal Bismarck, Stargarder Str. 3. Bericht und Aussprache über das Vorgehen der Reichsämter. Aussprache über die letzten Zeitungsartikel gegen unser Amt und Stellungnahme hierzu. Künftiges Geschehen ist nötig. Der Vorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Die Teilnehmer am Sprechertag „Blödenbe“ treffen sich um 18½ Uhr am Reichsamt Berlin-Rothf. am Montag nach Hause. — Am Sonntag, 29. September, Sprechertag zur Jugendweife in der Stadthalle in Weichsele, Viktorstr. 2. — Die Schachspieler treffen sich am Sonntag um 11 Uhr im Concordia-Palast, Andrastr. 64. — Karten für die Jugendbegegnung der Volkshilfe am 3. Oktober zum Preise von 30 Pf. sind noch in der Jugendzentrale, Gemeckhofbof, Zimmer 26, Engelstr. 34-36, zu haben.

Beramtlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: H. Ehrlich; Stargarder Str. 3. Bericht: Pöckler und Contino; Reichsamt: Anzeiger: H. Glöckler; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Hierzu 2 Beilagen.

Für die tägliche Pflege

der Haut

ist die Qualität Ihrer Waschtischseife immer entscheidend. Deshalb verwenden Sie ein Produkt, dessen auserlesene Beschaffenheit in allen Verbraucherkreisen gerühmt wird:

Dr. DRALLE'S Lavendelseife

Große Runde Form, RM. 0,75

„Die Polizei prügelt!“

Das Prügelrecht will die SPD. für sich.

In dem „revolutionären“ Streik bei Dr. Paul Meyer fordert die SPD, daß die 400 Arbeitenden sich dem Streik der 200 anschließen sollen. Um dieser Unerschämtheit den nötigen Nachdruck zu geben, ging die SPD mit „Massenstreikparolen“ vor, wozu „Erwerbslose herangezogen und gegen die „Streikbrecher“ scharf gemacht wurden.

Die Arbeitenden haben sich daher gezwungen, auf ihren Schutz bedacht zu sein und nun klagt die „Rote Fahne“:

„Die Streikenden und Erwerbslosen waren gestern (Donnerstag) morgen bei Arbeitsbeginn in Massen als Streikposten erschienen. Die Polizei ging in rücksichtsloser Weise vor, räumte die Bürgersteige und machte vom Gummistülpen Gebrauch.“

Die neue Streikpostenmethode der SPD, Massen als Streikposten aufzustellen, außer sämtlichen Streikenden eine Masse betriebsfremder Erwerbslosen, nicht etwa gegen Streikbrecher, sondern gegen die große Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitenden, darf nicht unbeachtet bleiben.

Wenn vor dem Betrieb der Firma Dr. Paul Meyer keine Polizei gekommen wäre, dann würde statt ihrer die SPD mit ihren als „Streikposten“ erschienenen „Massen“ in rücksichtsloser Weise vorgegangen sein — gegen die Arbeitenden.

Die SPD, die den Einsatz ihrer Massenstreikposten angekündigt hatte, die bereits am Dienstagabend eine Probevorstellung gaben, tut ganz entrüstet, weil der Betriebsrat die nötigen Abwehrmaßnahmen getroffen hatte.

„Die Ankündigung des reformistischen Betriebsrates, daß genügend für Polizeischutz gesorgt sei, hatte sich denn auch bald bewahrheitet.“ Es wäre ein Verstoß der SPD, wenn sie glaubt ein „revolutionäres“ Sonderrecht auf Terrorismasmaßnahmen gegen organisierte Arbeiter zu haben und damit ein Recht zur Verprügelung und Beschimpfung aller Arbeiter, die nicht ihren Strang ziehen. Wohl oder übel muß sie gestatten, daß die von ihr Bedrohten die nötigen Abwehrmaßnahmen treffen.

Beamte gegen Gehaltskürzung.

Warnung vor neuen Experimenten.

In seiner Entschärfung zur Befolgsfrage hat der 3. Bundeskongress der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten u. a. erklärt:

Der Kongress stellt fest, daß die freigewerkschaftlich organisierte Beamtenschaft stets bereit war und noch bereit ist, Opfer zu bringen, die zur Behebung von Notständen erforderlich sind. Selbstverständliche Bedingung hierfür ist aber, daß solche Notmaßnahmen im Rahmen einer gerechten Finanz-

und Steuerpolitik liegen müssen, die die Lasten gleichmäßig verteilt und in erster Linie die leistungsfähigen Schichten heranzieht.

Die von der Reichsregierung betriebene Lohn- und Gehaltskürzungspolitik, die zu weiterer Verringerung der Massenkraft und damit zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führt, die Politik des Abbaues der Sozialleistungen, die die Not großer Volkskreise weiter verschärft, die Politik der steuerlichen Schonung des Besitzes und der Ueberwälzung immer neuer Lasten auf die Massen der Rinderbemittelten wird aufs schärfste abgelehnt.

Der Deutsche Beamtenschaftsbund wendet sich ebenfalls gegen die Gehaltskürzungspläne der Brüning-Regierung. In seiner Zeitschrift wird beklagt, daß die Beamtenschaft während des ganzen Wahlkampfes über sich eine ungeheure Hebe haben ergehen lassen müssen. Keine Regierung habe sich auch nur gerührt, um die Beamtenschaft und das Berufsbeamtentum gegen diese Angriffe zu verteidigen, und nun komme noch eine neue Gehaltskürzung. Das Reichskabinett scheine weder diese noch die beamtenschaftspolitischen Auswirkungen zu erkennen. Es sei bedauerlich, daß man es nicht einmal für notwendig gefunden habe, in irgendeiner Form mit den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft Fühlung zu nehmen. Es müßte bezweifelt werden, ob bei der Ausführung dieser Pläne wirklich eine dauernde Sanierung der Finanzen erreicht werde. Das Organ des Deutschen Beamtenschaftsbundes schießt seine Ausführungen wie folgt:

„Wir sehen in der beabsichtigten neuen Sonderbelastung der Beamtenschaft nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber den Betroffenen, sondern wir sehen darin auch eine Konzeßion an die Kräfte, die absolut und möglichst rasch eine Befreiung des Berufsbeamtentums überhaupt wollen. Wir können im Augenblick nichts anderes tun, als dem Reichskabinett zuzurufen: „Wir warnen vor neuen Experimenten!““

Krise der Invalidenversicherung.

Eine Folge der Arbeitslosigkeit.

Der Reichsverband deutscher Landesversicherungsanstalten hat auf seiner Tagung in Dresden nach dem von seinem Präsidenten Dr. Schroeder, Kassel, erstatteten Geschäftsbericht eine Entschärfung gefordert, in der es u. a. heißt:

Der Verbandstog hat mit größter Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß die Beitragseinnahmen der Träger der Invalidenversicherung infolge des schweren Niederganges des Wirtschaftslebens und der gewaltigen Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise zurückgegangen sind. Die Beitragseinnahmen sind nicht nur erheblich hinter den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums zurückgeblieben, sie reichen vielmehr wider alles Erwarten bei vielen Anstalten schon im Jahre 1930 nicht mehr zur

Heinrich Kemmer: Lehrreiche Erlebnisse

Du sollst mit deiner Kraft keinen Mißbrauch treiben.

Es war meine Absicht gewesen, einen Vortrag zu halten: Deutschland und die Deutschen den Londonern etwas näher zu bringen. Ich hatte ein zwanzig Seiten langes Manuskript über mein Thema, das ich auswendig lernen wollte, unterm Arm. Um mir das Auftreten zu erleichtern, erstand ich noch drei Flaschen Portierbier in einem „Pub“, wie man die Wirtshäuser drüben nennt. So ausgerüstet wollte ich den Heimweg antreten, da empfing mich beim Verlassen des Wirtshauses ein Windstoß und blies mir, als ich meinen Hut sichern wollte, die losen Blätter unterm Arm weg. Die losgelassene Bängel flatterten sie über den vieredigen Platz. Ich stellte die drei Flaschen Portierbier ab und ließ sie (das sollte ein Kopfnicken andeuten) in der Obhut eines Romdys, der an der Ecke des Wirtshauses lehnte, welches er wohl, einer Einladung harrend, Geldmangels halber zeitweilig verlassen hatte.

Nachdem ich den verwehten Vortrag eingelammelt hatte, kam ich nach der Wirtshausende zurück: da standen jetzt nur noch zwei Flaschen, und ich fragte den Romdy streng, wo die dritte geblieben sei. Das wolle er nicht, antwortete er, und ich teilte ihm in gereiztem Tone mit, daß er das wissen müsse. Worauf der Romdy entgegnete, daß er gar nichts wissen müsse. Das erboste mich. Ich verließ dem Mann (das war nicht sehr fein, aber effektiv, da ich e) einen Rippenstoß, daß er der Länge nach zu Boden fiel. Ich hörte noch, wie der Romdy mir „very good, excellent“ (sehr gut, ausgezeichnet) nachrief und ging meiner Wege, die Angelegenheit für erledigt haltend.

Fünf Minuten später, als ich in einen anderen Platz einbog: „Neht ist die Reihe an mir“, ruft der Romdy hinter mir her. Er ist mir mit einem Befolge von Neugierigen auf den Fersen und fordert mich, das zeigen seine aufgekräpelten Knie an, zu einem Revanchekampf auf: er will mit mir hagen. Ich boge nicht in Londoner Straßen: Hagen ist ein roher Sport, an dem ich nie das geringste Interesse begeht. Ich bin groß und schwer: es ist mir ein Leichtes, jemand niederknutschen, aber regelrecht zu hagen vermag ich selbst mit einem solchen Knirps wie diesem Romdy nicht. Ich trat in ein Friseurgeschäft und ließ mich rasieren. Wie ich herauskam — ich hatte den Romdy längst vergessen —, sieht er mit kampfbereiten Armen in einem geschlossenen Kreis von Sportliebhabern, der sich um die Friseurin gebildet hat, und erwartet die Ankunft seines Gegners. Ich prallte in den Friseurboden zurück. „Haarbrennen“, rief ich, „Kopfwaschen, Maniküren.“ Ich ließ mich einmal gründlich hernehmen. Aber es wurde spät, der Friseur mußte das Geschäft schließen. Was blieb mir übrig! Ich trat strohend vor Sauberkeit wie ein Bräutigam in den Kampfring. Zwei Häufte empfingen mich kampfbereit und drangen von allen Seiten auf meinen Körper ein. Ich konnte mich ihrer nicht erwehren. Da kam mir ein Gedanke. Beim ersten festen Stoß ließ ich mich zu Boden fallen. „Very good, excellent“, rief ich und ließ mich ausziehen. Dann reichten mir Kämpen uns verfehlt die Hände. Jetzt stand nur noch eine Flasche Portierbier da. Ich nahm sie ohne Reklamation an mich und bogab mich, eines Besseren belehrt, geradewegs nach Hause.

Du sollst die Armen nicht mit Vernunftgründen abweisen.

Im Hause, wo ich logierte, ist ein kleines aber emsiges Kino untergebracht, allerhand die Neugierig anstachelnde Photos bedecken die Wände des Hauseingangs und faszinieren vorübergehende Männer und Frauen, die Langeweile empfinden und nicht zu wissen scheinen, daß das eigenliche ewig neue und interessanter Schauspiel des Lebens sich draußen abspielt, auf der Straße oder hinter den Fenstern der Wohnungen. In diesem Kino, wo ich noch nie eine Vorstellung besucht habe, sah ich eines Abends, als ich mit dem Pianisten plauderte, ein armes altes Mütterchen auf den Direktor zugehen mit dem Ersuchen, er möge ihr doch, bitte, bitte, ein Billet schenken, eine Freikarte. Die Greisin mocht in einem Kellerraum des zweiten Hofes, in den ich hinübersehen kann, zusammen mit ihrer Tochter (die den ganzen Tag auf Arbeit fort ist) und einer Enkelin (die immer auf Bergwegen aus ist und mit einem betrunkenen Prostituierten nach Hause kommt, der in Raut gerät, wenn er kein Geld kriegt und Schläge aussteilt). Man braucht kein großer Psychologe zu sein, um zu verstehen, daß einer da plötzlich einmal die unwiderstehliche Lust empfindet, etwas anderes als das stinkende Kellerloch vor Augen zu haben: z. B. so ein Schloß, wie auf den Photos zu sehen war, mit Parkanlagen und Dienern, Karossen, Spiegelsalons und feinen Herren und Damen.

Der Direktor richtete sich hoch auf und kreuzte die Arme wie Mussolini. Ich dachte, er würde mit seiner Feldherrnmiene dem Mütterchen einen Platz zumessen, etwa in den gähnend leeren ersten Reihen, aber er sprach mir leere Worte der Vernunft. Kein, Freikarten könne er keine verabfolgen, das müsse man verstehen, und er führte alle möglichen Gründe an, warum ein gewissenhafter Kinodirektor keine Karten verchenken könne. Er war kein harter Mann, aber prinzipienreiterisch und zufrieden mit sich, die Arde abzuweisen zu haben. Drum trat ich zu ihm hin: „Herr“, sagte ich, „lassen Sie mich Ihnen ein kleines Abenteuer erzählen, das ich im Sommer einmal erlebt habe, unten in Umbria. Ich sah da — vollständig abgetrieben — an einem wunderbar duffig-kühlen Abend in einem Ostergarten und starrte in mein leeres Weinglas. Mir gegenüber sah ein noch jugendlicher Stomene, der anscheinend ebenfalls bessere Tage gesehen hatte, ebenfalls abgetrieben war und starrte ebenfalls in sein leeres Glas. „Andiamo“, sagte er plötzlich: „gehen wir, gehen wir auf eine kleine Weintour: besuchen wir uns die schönsten Gastgärten am Riesenstrande von Umbria, heute ist die rechte Nacht dazu.“ Ich schaute den Mann ungläubig an, folgte ihm aber nichtsdestoweniger, und wir betraten, beide ohne Geld, den nächsten Gastgarten, in den ein Mondstrahl fiel, einen Silberstreifen bis weit ins Meer hineinziehend. „Due quinti, ma senza pagare“, bestellte mein neuer Freund: „zwei Fünftel, aber ohne zu zahlen.“ Der Wirt, den keiner von uns beiden kannte, nickte vergnügt, brachte den Wein, setzte sich mit an den Tisch zu uns und plauderte. Nachdem wir ausgerunkelt hatten, begaben wir uns in den nächsten Weingarten, bestellten wieder mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß wir nicht dafür zahlen würden, der Wirt brachte wieder den Wein und setzte sich wieder zu uns. So ging es weiter, wir wurden überall freundlich empfangen und nirgends abgewiesen. Schließlich fragte ich so einen Umbriaer Weinnütze, ob ihm denn unser Zumuten nicht merkwürdig portäme. „Sicher“, sagte er, „jeder kommt und bezahlt seinen Wein.“ Es macht ihm also einen großen Spaß, daß einmal zwei Reisende kommen und nicht bezahlen wollen. Was er an Geld dabei verliert, ist minimal, denn der Wein ist billig, und wenn er rechnet, daß er sich mit uns noch ausplaudern kann, mit dem stolzen Gefühl, uns bewilligt zu haben, so kommt er mehr als auf seine Kosten.

Der Direktor, der, wie gesagt, kein schlechter Mann ist, ver-

absagte mir, der ich nie ins Kino gehe, ein Freibillet, zwang mich zu bleiben und quasselte während der ganzen Vorstellung.

Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib.

Als ich (vor gar nicht so langer Zeit) das uruguayische Konsulat einer osteuropäischen Stadt passierte, sah da ein Mann per Fußtritt zur Tür heraus, und ich bemerkte zu meiner Ueber- raschung, daß es mein Freund Karl Mittel war.

Karl hatte sofort das richtige Empfinden, daß er mir eine Erklärung schulde, zog mich ins nächste Caféhaus und erzählte mir folgende Geschichte. „Du weißt“, sagte er, „daß ich die Schwäche habe, Damen nachzustarren (wie man sagt), gerade solchen, die unnahbar aussehen... So geriet ich einmal an eine Blondine mit südländisch schmarzen Augen, vornehmer Erscheinung, spanischer Akzent — kurz, es gelang mir, einen, wenn auch nur schwachen Teilerfolg bei einer großartigen Frau davonzutragen, und ich stürzte voll Stolz über diese neue Bekanntschaft die Treppe zum uruguayischen Konsulat hinauf, wo ich mich um eine Stelle beworben hatte. Ich erhielt die Stelle und trat in Dienst bei einem Mann, der halb Lyriker, halb Spekulant war und zu dem ich mich selbst hingezogen fühlte. Es dauerte nicht lange, da verband uns

eine aufrichtige Freundschaft, ich wurde ins Haus geladen, und mer mir da hinter einer Portiere entgegnet, war, zu meinem größten Schrecken, die Blondine Queta, die Frau des Konsuls. Meine Beforgnis war indessen überflüssig, die junge Frau tat, als ob sie mich nie gesehen hätte. Dafür entwickelte sich noch und nach eine andere seltsame Situation, die mir viel zu schaffen machte. Ich wurde immer häufiger in des Konsuls Haus berufen, der, allerdings Phantasereien nachjagend, Tage, ja Wochen abwesend war und mir volles Vertrauen schenkte. Queta, mit der ich viel zu besprechen hatte, wurde mir jedem Tag kofetter, rästelte sich auf dem Sofa, wenn wir Tee tranken, gukte mich beim Kartenspielen spitzbübisch an, lehnte sich über mich, wenn sie einen Brief diktierte, und öffnete in meinem Beisein die Korrespondenz morgens, wenn sie noch im Bette lag. Ich hätte alles lieber getan als meinen Freund betrogen: Queta war mir jetzt nur eine liebe Freundin, eine gute Kameradin. Ich zeigte mich ihr so zurückhaltend wie nur irgend möglich. Aber je mehr ich mich zurückhielt, um desto herausfordernder wurde sie. Sie stellte mir täglich neue Forderungen, sie ließ nichts unversucht, um mich ins Garn zu locken. Ich widerstand allem, ich war standhaft wie noch nie im Leben. Aber gerade das wurde mir zum Verhängnis. Quetas Stolz verlor es nicht, zurückgewiesen zu werden. Sie sann auf Rache.

Eines Tages, als ich ahnungslos die Konsulatswohnung betrat, trat mein Freund mit finsterner Miene hinter der Portiere hervor und packte mich beim Kragen. Queta hatte ihm die erste Begegnung gelehrt. Darum flog ich die Treppe hinab.

Heinrich Lerch: Kinder in der Müllgrube

(Schluß.)

Die Kleinen hielten noch auf seinem Rücken. „He, du siehst Müll, willst du jetzt sagen, daß dich die Drecksack gar nichts angeht? Das mir all ebenso viel Recht daran haben, wie du?“

Der Junge nickte mit dem Finger auf den mit Asche bedeckten Kopf des Ueberwältigten. Der aber wühlte den Kopf in seine Arme und schrie: „Willst du uns versprechen, daß du überhaupt nicht mehr hierhin kommst, dann kriegt du auch deinen Kohlenack wieder!“ mildert der Sieger seine Bedingungen.

Der Unterlegene hob den Kopf, sah seine Ueberwinder an, spuckte den Dreck aus dem Mund und streckte ihnen die Junge heraus.

„An nitti, wenni verredit!“ stieß er hervor.

Karlus stand der Junge und sah die Kinder an. Die aber waren des taffen Halsens schon überdrüssig, sie wollten davon. Da schreit der Größere: „Wenn der loskommt, der macht euch kaputt!“

Aus Angst und Uebermut fingen die Kleinen an, dem Großen Dreck und Müll in den Rockfalten hineinzustopfen. Sie traten auf ihn herum, pufften ihn, und als er sich nicht mehr konnte, sagte ein Mädchen: „Ich glaube, der ist jetzt schon kaputtgegangen!“

„Dann hätt ihr Freud genug!“ schrie der Gepölnzte, schmiß sofort das Gesicht auf den Arm und lag wieder still.

„Hermann! Schmeiß ihm doch den Drecksack ins Wasser!“ rief einer.

„Schült ihm die Kohlen aus!“ schrie ein anderer. Mit einem Butzheut wälzt der Wütende sich herum. „Risliert er nur! Ich schlag euch den Rapp ein, ich mach euch kaputt, ich schmeiß euch auch in der Pool, wenn mir einer an meine Sachen geht, der is gekiepert!“

„Wenn du nichts verspricht, so liegt dein Sack ins Wasser!“ Der Größere riß an den Bändern des Sackes, die Kleinen machten ein wenig Platz; da hob der Liegende den Kopf und sagte verbissen: „Lacht mich los! Ich will's versprechen!“

Die Kinder rutschten von seinem Rücken, ließen ihm die Hände frei und der Anführer streckte ihm seine Hand hin. Er machte ein Kreuzzeichen auf seine Hand und sagte: „Verspricht du uns auf das heilige Kreuz?“

„Ich verspreche es euch auf das heilige Kreuz!“

Der Anführer bejaht: „Lacht ihn los!“

Der Große streckte einen Arm hervor, stützte sich auf die Hand, spuckte Asche und Urat aus dem Mund, säuberte den Kragen, wuschte sich mit dem Handrücken über das Gesicht und stemmte sich auf den Händen hoch. Nun kniete er, das Gesicht über und über beschmutzt, verlor sich von den Kleinen, troch gleich zu seinem Sach hin und hielt ihn mit der linken Hand fest. Dann arbeitete er sich hoch. Als er aufrecht stand, sah er über den weiten Platz, tat einen Schritt auf den Anführer zu und sagte: „Run gib mir meine Krache wieder!“

„Du schlägst uns doch nur damit!“ zögerte der Junge.

„Ich hab's versprochen, daß ich's nicht tu!“ Unwillig hielt der Große die Hand hin.

„Du bist der Stärkere!“ sagte der Junge, entfernte sich einige Schritte, warf dann die Hand weg und rannte hinter den Kleinen her, die schon fortgelaufen waren. Der Große bückte sich, strich

über seine Schienbeine, die schmerzhaft und von Schrammen blutig waren. Mit den Fingernägeln säuberte er die blutenden Schrammen, spuckte auf eine Wunde, rieb den Schmutz heraus und zog den heruntergeschliffen Strumpf hoch.

Dann schleppte er sich mit seiner Last über die vielen Müllhügel bis an die Seite der Grube, wo die alte Bauhütte der Erdarbeiter stand; unter einem Stück alter Dachpappe lag sein erster Sack von heute morgen. Er schleifte ihn bis an den Rand der Straße, kniete nieder und zog ihn hinter sich auf den Rücken, auf die Schulter. Er hatte nicht Kraft genug. Nach vielen vergeblichen Bemühen stand er auf und sah sich um. Da sah er einen Mann den Höweg hinabkommen. „Der wird mir helfen!“ sagte er sich. Dann erinnerte er sich, daß er sehr schmutzig sei, ging um die Baubude herum, fand in einer Bütte Wasser; er wusch sich die Hände und suchte nach einem Latschenhuth. Als er nichts fand, womit er sich abwischen konnte, zog er seine Jacke aus und steckte einen Zipfel in die faulende, grünliche Brühe. Wischte, trocknete sich ab, und als er wieder zu seinem Sack ging, da sah er den Mann: Toll Schrecken mußte er megalauen, es war sein Vater.

„Acht Uhr ist es, die Mutter wartet auf dich, den ganzen Tag bist du weggewesen, Brügel sollst du haben!“

„Ich hab doch zwei Sack Koks! Vater!“

Kuth nahm den großen Sack und legte ihn sich auf die Schulter, half dem Jungen, den Kleinen auflegen, dann gingen sie dem Ausgang zu.

Der Eingang der Kuhle war mit dem alten, zerbrochenen Tor versperrt. Leute standen dort. Die Kinder gröhnten und schrien.

„Halt!“ sagte der Mann, der sich auf einen Stock stützte. „Heut könnt ihr noch mal durchgehen. Nur morgen an ist die Sandkühle gesperrt. Das Suchen in den Müllkarren ist von morgen an polizeilich verboten!“

Der Kinderhaujen gröhnte und schrie.

Zwei Männer schlugen ein Schild an den Pfahl.

„Ihr seid wohl verrückt geworden! Ran darf doch wohl in den Drecksarren nach Kohlen und Lumpen suchen? Das wäre doch noch schöner, warum soll das alles, was noch brauchbar ist, verkommen? Wer seid ihr überhaupt?“

„Da leßt!“ Der Lahme zeigte auf das Schild.

„Unbezuglich ist der Eintritt polizeilich verboten! Genossenschaft für Müllverwertung G. B.“

„Genossenschaft G. B. Was heißt das?“ fragte Vater Kuth. „Wir sind arbeitslose Kriegs- und Arbeitslosen, wir haben von der Stadt das Recht erworben, als einzige nach den noch brauchbaren Sachen zu suchen. Der Kriegs- oder Arbeitslosende ist, kann bei uns als Genossenschaftler eintreten: wir sammeln alle zusammen, verkaufen zusammen, verteilen zusammen den Erlös. Seid ihr Invalide?“

„Roch nicht! Gott sei Dank!“ sagte Vater Kuth, „mein Junge hat sich die Kohlen gesucht, es sind schwere Zeiten, da wollte er etwas für den Haushalt mittun.“

„Na, damit ist Schluß!“ Nur für Mitglieder der Genossenschaft ist das Suchen im Müll gestattet. Sagt es allen Kindern, ihr Jungens!“

Der Kinderhaujen höhnte und gröhnte. Vater und Sohn schritten hindurch nach Hause.

2000 Jahre alte bemalte Statue

Bei den Ausgrabungen in dem „Haus der Geheimnisse“ zu Pompeji ist von Prof. Majuri eine herrliche Statue der Kaiserin Livia, der Gemahlin des Kaisers Augustus, aufgefunden worden. Das Werk erhält dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß die Bemalung fast vollständig erhalten ist. Die Statue besteht aus glasartigem Warmor und lag an der Nordwand der nun 2000 Jahre alten Villa. Die Kaiserin ist als eine Frau in mittleren Jahren mit würdevollem Gesichtsausdruck dargestellt. Die Einzelheiten der Züge treten in der natürlichen Färbung sehr lebendig hervor, so die gebogene Nase, die weit geöffneten, fast starren Augen mit den schmalen Pupillen, die feinen Lippen und das hervor tretende Kinn. Die Pupillen sind braun bemalt, während die Iris schwarz gefärbt ist. Das Gesicht hat einen zarten rötlichen Ton, die Lippen zeigen ein starkes Karminrot. Die Kleidung ist die einer Priestlerin und besteht in einem Mantel, der Kopf und Körper einhüllt.

Elefant als Vogelpfleger

Der New-Yorker Zoologische Garten darf sich rühmen, den größten aller in Gefangenschaft lebenden Elefanten der Welt zu beherbergen. Der Riese heißt Khartum und überragt nach den berühmten Jumbo, der mit einer Höhe von rund 3,5 Meter lange den Größenrekord hielt. Khartum ist aber mit zunehmendem Alter bössartig, unzugänglich und gefährlich geworden, wie es bei älteren Elefanten in der Gefangenschaft häufig zu beobachten ist. Die einzigen Bedenken, für die er sich ein freundliches Gefühl erwärmt hat, sind zwei Kestelchen, ein Männchen und ein Weibchen, die in einem Spalt der Linsenwand des Elefantensafes, den schon seit Jahren kein Wärter mehr zu betreten mag, ihr Nest gebaut

haben. Wenn im Frühling das Varchen Eier im Nest hat, geht sein Tag vorüber, an dem der riesige Dickhäuter nicht das Gelege besichtigt. Gelegentlich kann er, wie Dr. B. Reid Blatt, der Direktor des New-Yorker Zoo, zu erzählen weiß, sich nicht verlagern, mit der Spitze seines Rüssels das Nest abzutasten, wobei er mit rührender Vorlicht bezeugt ist, das Nest nicht zu beschädigen oder das Gelege in Unordnung zu bringen. Sind dann die jungen Vögel dem Ei ent schlüpft, so gebärdet sich Khartum wie ein fürsorglicher, von Verantwortungsgelühl durchdrungener Großpapa. Und wenn die Eltern die junge Brut füttern, steht er sorglich dabei und blickt auf die Familienzene, als wenn das ganze Schauspiel für ihn veranstaltet würde.

500000 km für ein Pfund Honig

Daß die Bienen fleißig sind, ist ein uralter Chrentitel, aber wie groß ihre Anstrengungen beim Einkammeln des Honigs sind, das ist doch erst jetzt durch die Untersuchungen gezeigt worden, die das Amerikanische Ackerbauamt unternommen hat. Die Arbeiten wurden in Wyoming vorgenommen, wo die Luzerne die einzige Quelle darstellt, deren Blütenstaub die Bienen eintragen. Die Bienenkörbe wurden 12 Kilometer von der nächsten Quelle aufgestellt, und die Bienen machten täglich ihren Flug zu dem Luzernefeld und kehrten mit Nestar beladen zurück. Jede Biene flug also täglich 24 Kilometer, um ihre Arbeit zu verrichten, und da die Anseten keine besondere Müdigkeit zeigten, nehmen die Forscher an, daß sie auch noch weiter geflogen wären, wenn es sich als notwendig erwiesen hätte. Man stellte fest, daß die Bienen zur Erzeugung eines einzigen Pfundes Honig zusammen eine Entfernung von fast 500000 Kilometern zurücklegen.